

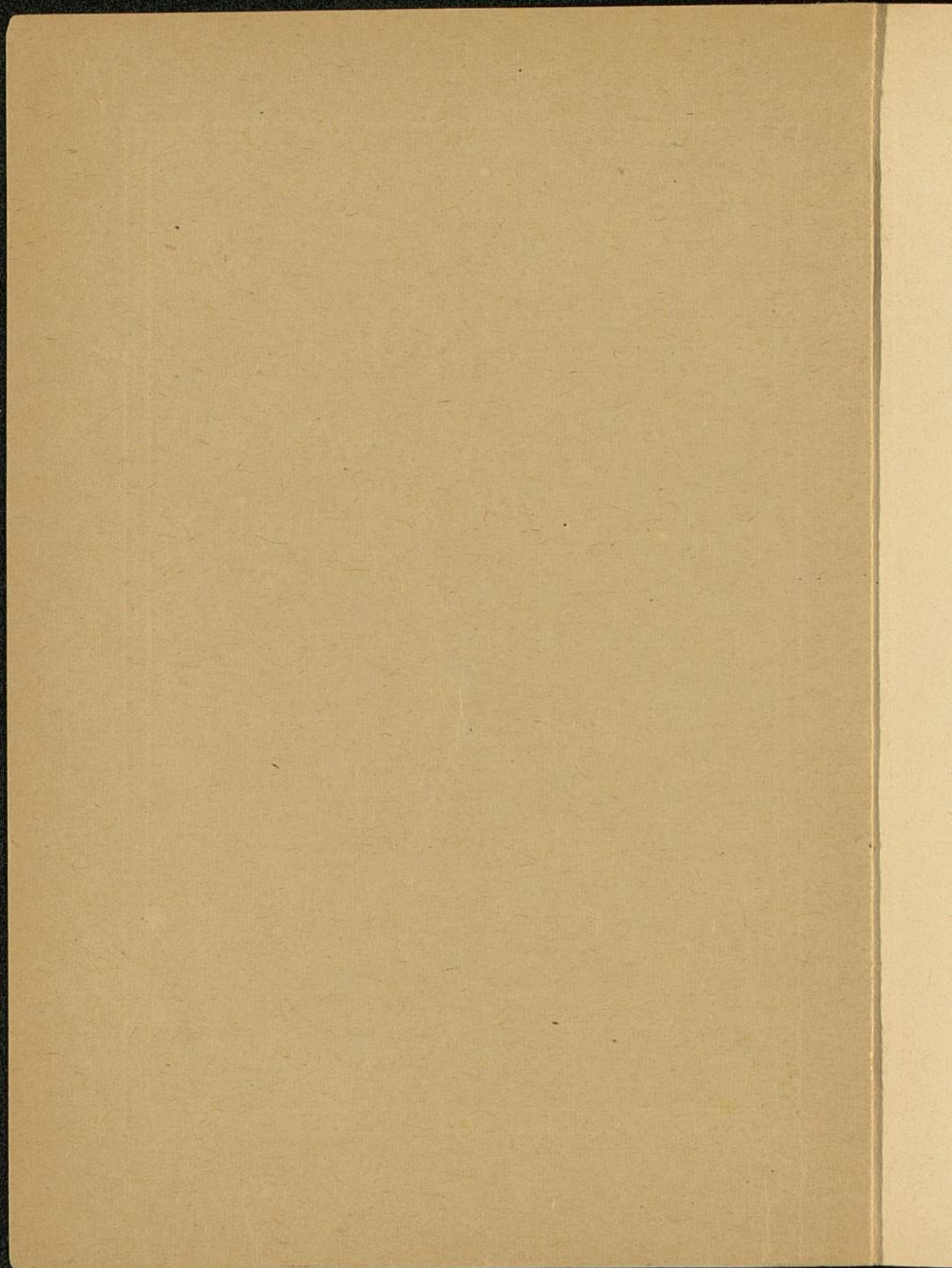
Freies  
Deutschland  
oder  
internationale  
Reparations-Provinz

Reichstagsrede  
des  
Staatsminister Dr. Helfferich  
(Deutschnationale Volkspartei)  
vom 6. März 1924

★

---

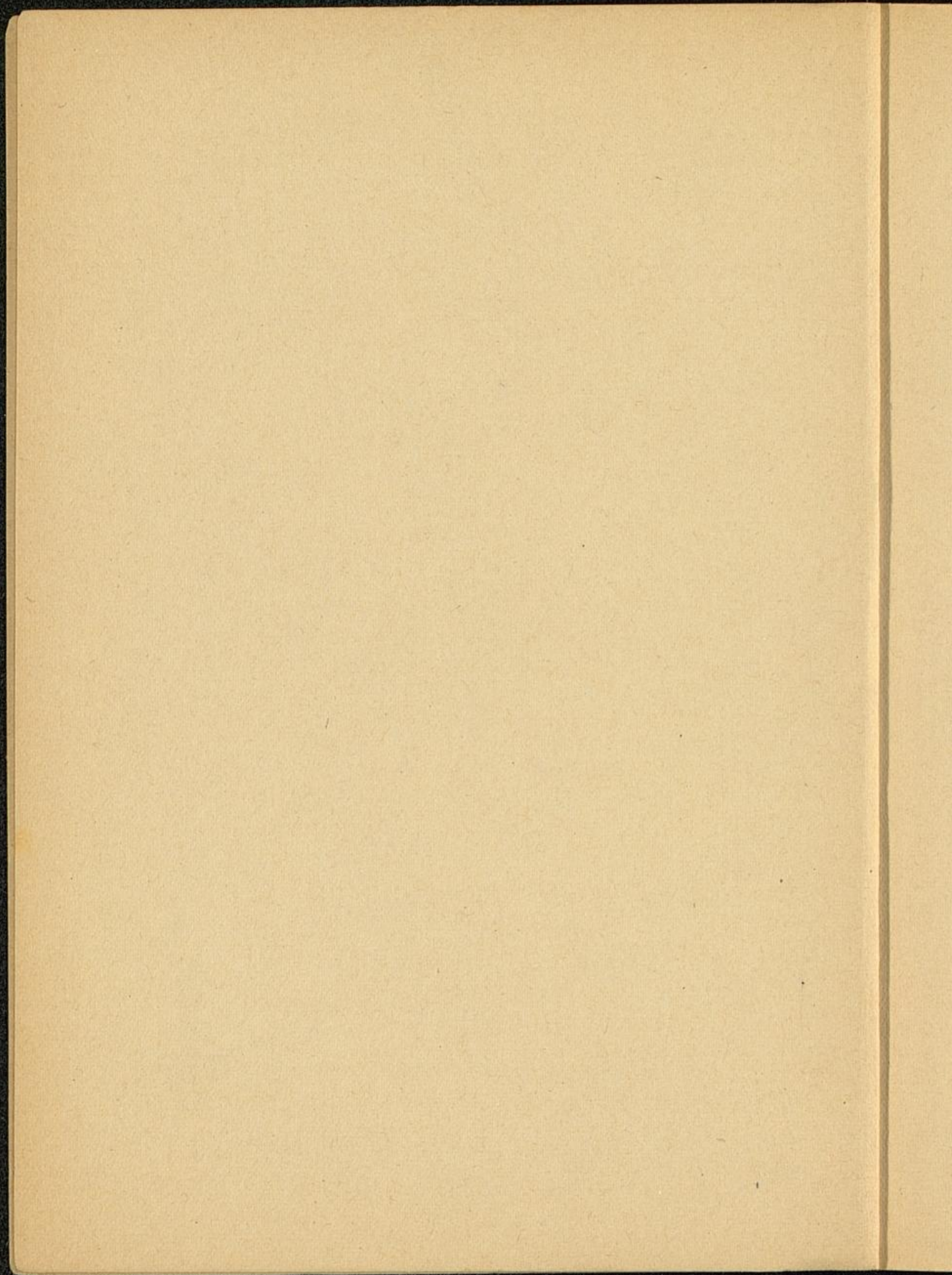
Brunnen-Verlag Karl Winckler / Berlin SW 68



69468

£29.50





Freies Deutschland  
oder  
internationale  
Reparations-Provinz

Reichstagsrede  
des  
Staatsminister Dr. Helfferich  
(Deutschnationale Volkspartei)  
vom 6. März 1924

\*

---

Brunnen-Verlag, Karl Winkler / Berlin SW 68

Alle Rechte vom Verlag gewahrt  
Copyright 1924 by Brunnen-Verlag / Berlin  
Gedruckt bei Hempel & Co. G. m. b. H. / Berlin SW. 68

Dr. Helfferich:

**W**ir stehen am Vorabend neuer Entscheidungen von der ungeheuersten Tragweite für die ganze Zukunft unseres Volkes. Der Silberstreifen am Horizont, von dem der Herr Außenminister gesprochen hat und von dem in der ganzen bisherigen Erörterung so viel die Rede war, charakterisiert die Lage, in der wir sind, allerhöchstens richtig im Sinne des englischen Wortes: every cloud has its silver-lining — jede Wolke hat ihren Silberstreifen. Und die Wolke, die unheilswanger über uns hängt — das sage ich offen heraus, damit es weit und breit verstanden werde — ist die Gefahr eines neuen und schlimmeren Versailles. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) — Auf die Abwehr dieser Gefahr muß das ganze deutsche Volk sich einstellen. Erstes Erfordernis für den Erfolg einer solchen Abwehr ist, daß alle, denen das deutsche Vaterland mehr ist als ein leerer Schall, daß alle, denen das deutsche Vaterland im Herzen lebt, sich in der Verteidigung der deutschen Unabhängigkeit und Einheit zusammenschließen, mögen die Temperamente und mögen Zweckmäßigkeitserwägungen noch so weit auseinandergehen und mögen die Anschauungen und Ziele in Dingen zweiter Ordnung noch so weit voneinander abweichen. Wir sehen die Gefahr seit langem herannahen, und deshalb hat unsere Partei von Anbeginn an das große Wort der **V o l k s g e m e i n s c h a f t** auf ihr Programm geschrieben, der Volksgemeinschaft über alle Gegensätze hinaus, die wir hier im Innern auszutragen haben, der Volksgemeinschaft gegenüber der äußeren Bedrohung, die nun seit allen diesen Jahren auf uns lastet und die nicht geringer, sondern immer nur größer geworden ist.

Gerade von diesem kardinalen Gesichtspunkte aus bedauern wir, meine Herren, aufs tiefste die Vorgänge, die sich in dem **M ü n c h e n e r P r o z e ß** abspielen, und diesen Prozeß selbst. (Aha! links.) — Es ist nicht unsere Sitte, mit vorschnellem Urteil in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, namentlich nicht, solange ein wesentlicher Teil der an den Vorgängen beteiligten Personen überhaupt noch nicht zum Wort gekommen ist. Aber das Verdikt, das hier von anderer Seite proklamiert worden ist, veranlaßt uns darauf hinzuweisen, daß in solchen Dingen doch schließlich auch die Motive zählen. **H e i ß e** **V a t e r l a n d s l i e b e** und **b r e n n e n d e** **S c h a m** über die unserem Vaterlande angetane **S c h m a c h** — (Zuruf links: In die Sie uns gebracht haben! — Pfui-Nuse rechts.)

— Ja, meine Herren, ich gebe Ihnen zu, dafür hat nicht jedermann Verständnis, vor allen Dingen solche Leute nicht, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt. (Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Ledebour: Sie sind der schlimmste Urheber des Unglücks, der schlimmste Kriegsverbrecher! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Ledebour, ich rufe Sie zur Ordnung. (Zurufe links.)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Für uns alle, denen Deutschlands Freiheit und Größe Lust und Licht war, die wir an Deutschlands ruhmvoller Vergangenheit hängen und für Deutschlands Zukunft arbeiten und kämpfen, für uns alle ist eine Welt aus den Fugen gegangen; und es sind die Schlechtesten nicht, die in dem, was Sie (nach links) die neue Ordnung nennen, nicht verstanden haben, Boden zu finden. Wenn Ihr mildestes Urteil gestern hier gelautet hat „verrückt“ und „wahnsinnig“, so halte ich dem das Wort Lessings entgegen: Wer über gewissen Dingen nicht den Verstand verliert, der hat keinen zu verlieren. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Lachen links.) — Und wenn die Herren von links über Hochverrat schreien, dann sage ich: wer selbst Hochverrat begangen hat, hat nicht das moralische Recht, sich über Hochverrat zu entrüsten. Sehr gut! rechts. — Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Wir würden es bedauern — das möchte ich dem Herrn Kollegen Kaas erwidern —, wenn sich aus den Münchener Verhandlungen eine Neubelebung oder Verschärfung konfessioneller Gegensätze ergeben würde. (Zurufe aus dem Zentrum.) — Die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges, unter dem Katholiken und Protestanten in gleicher Weise gelitten haben, diese Zeiten, mit denen die Gegenwart ohnedies genug Analogien aufweist, sind eine furchtbare Mahnung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Zu den Äußerungen des Generals Ludendorff haben wir, ehe Herr Dr. Kaas gestern hier gesprochen hat, unsere Stellung genommen. Ich darf einen Passus aus der gestrigen „Deutschnationalen Korrespondenz“ mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten verlesen:

Die Taten des Papstes während und nach dem Kriege legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß auch er die Nöte des schwerringenden deutschen Volkes auf sorgendem Herzen trägt und im Rahmen der Möglichkeiten, die ihm seine Stellung über den streitenden Völkern offen läßt, bemüht ist, auch für die Leiden unseres deutschen Volkes zu sorgen. Weite Kreise der Deutschnationalen Volkspartei haben es dankbar begrüßt, daß der Vorsitzende der Partei, Staatsminister Hergt, am vergangenen Montag in einer großen öffentlichen Versammlung in Naumburg a. d. Saale Veranlassung nahm, diesen Standpunkt der Deutschnationalen gegenüber den mißverständlichen Erklärungen des Herrn General Ludendorff mit Klarheit zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Zurufe in der Mitte: Mißverständlich!?)

Diese Stellungnahme, so möchte ich denken, ist deutlich genug. (Widerspruch.) — Sie wird Ihnen vielleicht noch deutlicher, wenn Sie den ganzen Artikel lesen. Am Schlusse dieses Absatzes heißt es:

Die Deutschnationalen hoffen mit ihrem Vorsitzenden, daß die Bedenken, die wir in diesem Punkte heute gegen die Aussagen Ludendorffs erheben müssen, nur auf die gekürzten und deshalb mißverständlichen Presseberichte zurückzuführen sind und im weiteren Verlaufe der Entwicklung befriedigende Aufklärung finden werden. Sollte das nicht der Fall sein, so könnten wir allerdings keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns in diesem Punkte grundsätzlich von dem General Ludendorff unterscheiden. (Hört hört! bei den Deutschnationalen.) — Ich glaube, das ist klar und deutlich. Ich möchte denken, daß man mit einer solchen Stellungnahme der Erhaltung des konfessionellen Friedens vielleicht besser dient als mit der Behandlung, die der Kollege Dr. Kaas der Angelegenheit gestern hier hat angedeihen lassen. (Oho! im Zentrum.) — Ich werde Ihnen die Gründe ausführen. Es tut mir vor allem leid, daß Herr Dr. Kaas, bezugnehmend auf seine Eigenschaft als Referent des zweiten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses für die päpstliche Friedensaktion des Jahres 1917 eine Andeutung gemacht hat, die dahin verstanden werden könnte, die bei uns auch dahin verstanden worden ist: wenn auch keine dokumentarischen Beweise dafür vorliegen, daß damals die Friedensaktion des Papstes an konfessionellen

Gegensätzlichkeiten gescheitert sei, so sei doch der Verdacht nach dieser Richtung hin nicht völlig abzuweisen.

Ich möchte Herrn Dr. Kaas Gelegenheit geben, diesen Eindruck etwas zu berichtigen. (Zurufe im Zentrum.) — So haben wir es verstanden. — Einen solchen Eindruck wollen und dürfen wir unter keinen Umständen aufkommen lassen. (Sehr richtig! rechts.) Meine Freunde haben seinerzeit die öffentliche Verhandlung des Untersuchungsausschusses über die Frage der Schuld am Scheitern der päpstlichen Friedensaktion beantragt. Das Auswärtige Amt hat Einspruch erhoben; das Zentrum hat sich dem Einspruch angeschlossen; andere Parteien gleichfalls. Wenn jetzt ein falscher Eindruck durch die Andeutung des Kollegen Dr. Kaas nach außen hervorgerufen werden sollte, so habe ich hier einen Antrag, in dem wir verlangen, daß die sämtlichen stenographischen Berichte des Untersuchungsausschusses betreffend die päpstliche Friedensaktion mit allem zugehörigen Material veröffentlicht werden. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) — Einstweilen darf ich doch den Herrn Kollegen Dr. Kaas gerade in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des zweiten Untersuchungsausschusses an die Vorgänge erinnern, durch die im Juli 1917 die Friedensaktion des Papstes, die mit der Entsendung des Nuntius Pacelli nach Berlin eingeleitet worden war, in ihren ersten Anfängen in der verhängnisvollsten Weise gestört und durchkreuzt worden ist. An diesen bedauerlichen und schicksalsschweren Vorgängen\*) kann irgendeine konfessionelle Gegensätzlichkeit schon deshalb nicht schuld gewesen sein, weil ein damaliges Mitglied der Partei des Herrn Dr. Kaas bei diesen Vorgängen mit die treibende Kraft gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) — Ich darf ferner darauf hinweisen, daß im zweiten Stadium der päpstlichen Friedensaktion, das vom August an spielte, Staatssekretär des Auswärtigen und tatsächlicher Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches Herr v. Kühlmann gewesen ist, der selbst Katholik ist. Ich darf darauf hinweisen, daß seine rechte

---

\*) Anmerkung: Gemeint ist der Vorstoß Erzbergers im Hauptausschuß des Reichstags Anfang Juli 1917 und die sich daran anschließende, im Kanzlerwechsel und der „Friedensresolution“ ausmündende Basis.

Hand in diesen Dingen der jetzige Gesandte beim Vatikan, Herr v. Bergen, gewesen ist, dem gewiß niemand antikatholische Neigungen nachsagen wird.

Aber ich will diese Angelegenheit hier nicht weiter vertiefen, sondern mich zu anderen Fragen wenden, zu Fragen, wie sie auf unserer Tagesordnung stehen und über die wir die Erklärungen der Herren von der politischen Reichsleitung gehört haben. Die Herren mögen es nicht für ungut nehmen, wenn ich sage: Was wir hier aus ihrem Munde vernommen haben, das klingt doch in vielem mehr nach einer Philosophie des Als-Ob, als nach realen Tatsachen und praktischer Politik. Es klingt nach der Fiktion, als ob die Krankheit der Zeit, als ob insbesondere die Not unseres Volkes ihre Wurzeln hätte in den noch ungelösten, aber bei gutem Willen unsererseits lösbaren wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, vor allen Dingen in dem sogenannten Reparationsproblem. In Wirklichkeit liegen diese Wurzeln in einem anderen Boden. Sie liegen in den säkularen Eroberungs- und Machtgelüsten der französischen Politik. (Sehr richtig rechts.) — Der Herr Außenminister hat ausgeführt: Wenn erst einmal das Votum der von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüsse vorliegt, dann werde sich entscheiden lassen, ob Frankreich Reparationen oder politische und wirtschaftliche Ausbeutung wolle. Nein, Herr Minister, was Frankreich will, das Frankreich von heute und das Frankreich von vor 100 und das Frankreich von vor 1000 Jahren, das ist längst entschieden. Gehen Sie nach der Pfalz und fragen Sie, was die französischen Pfalzgreuel noch irgendwie mit Reparationen zu tun haben. Das sind Zerstörungen und Verwüstungen, nie und nimmer aber Reparationen und Wiedergutmachungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) — Die Franzosen, Herr Poincaré insbesondere, mögen ein Interesse daran haben, die wahren Ziele ihrer Politik zu camouflieren, um diesen französischen Ausdruck zu gebrauchen. Der Brief von Herrn Poincaré an Herrn Macdonald zeigt, in welchem Maße für Frankreich dieses Interesse der Camouflage seiner wahren Ziele gegenüber den eigenen Bundesgenossen besteht. Der Leiter der deutschen Außenpolitik sollte aber jedes Wort vermeiden, das geeignet ist, diese französische Camouflage zu unterstützen. Denn für uns ist es Pflicht der Selbsterhaltung, der französischen Politik die falsche Maske vom Gesicht zu ziehen. (Sehr richtig! bei

den Deutschnationalen.) — Frankreich will für sich den deutschen Rhein, und für das restliche Deutschland will Frankreich Zersplitterung und Ohnmacht. Nicht was Frankreich will, steht zur Entscheidung; zur Entscheidung steht nur noch, ob und mit welchen Mitteln Frankreich verhindert werden kann, seinen Willen zur Tat zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Frankreich wird sein politisches Ziel — die Geschichte der Jahrhunderte ist dafür ein Zeugnis — nur aufgeben oder zurückstellen, wenn es muß. Frankreichs Gelüste auf den deutschen Rhein und Frankreichs Anschläge auf die deutsche Einheit werden wir nicht abschlagen mit Güte, sondern nur im Kampf, in einem Kampf — Sie brauchen nicht nur an einen Kampf der Waffen zu denken — in den verschiedensten Formen und auf den verschiedensten Gebieten. Wer hat darüber überhaupt noch ehrliche Illusionen? Der Außenminister selbst kann sie nach den niederschmetternden Mißerfolgen der Verständigungspolitik doch überhaupt nicht mehr haben. Seine Rede hier war ja doch zu einem ganz großen Teil eine Elegie auf Frankreichs Verständnislosigkeit für Verständigungsversuche. Nein, Herr Minister, belügen wir uns doch nicht selbst! Es geht in Wahrheit nicht um Reparationen. Die Reparationsfrage ist nur ein Teil des großen Kampfgebietes, auf dem um sehr viel höhere und sehr viel größere Dinge gerungen und gekämpft wird. Für Frankreich gibt es in der Reparationsfrage nur eine Alternative: entweder wird die Reparationsfrage unter Bedingungen gelöst, die Frankreich sein politisches Ziel in die Hände geben; oder die Reparationsfrage bleibt offen, damit Frankreich die Druckmittel in der Hand behält, um allmählich, Schritt für Schritt seinem Ziele näherzukommen. (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.) — Wir haben heute nur in bescheidenem Maße die Wahl des Kampfgebietes und die Wahl der Kampfmittel. Frankreich hat den ungeheuren Vorsprung, den es durch unsere Waffenstreckung und das Versailler Diktat gewonnen hat, benutzt, um uns das Gesetz des Handelns vorzuschreiben. Frankreich hat uns, abgesehen von den militärischen Gewaltstreichern, die es gegen uns mitten im Frieden geführt hat, auf dem Gebiete der Wirtschaft und auf dem Gebiete der Finanzen aufs allerschwerste angegriffen und gepackt. Auch auf dem Gebiete der Wirtschaft und der

Finanzen heißt es: den Stoß auffangen, die Front halten und — nehmen Sie es mir nicht als Vermessenheit, wenn ich das in unserer Lage sage — nach jeder Möglichkeit eines Gegenstoßes auspähen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Von diesem Gesichtspunkte aus lassen Sie mich in Ergänzung der Ausführungen des Herrn Reichsfinanzministers einiges über unsere finanzielle Situation sagen.

Unsere finanzielle Front war im Herbst des letzten Jahres nicht nur bedroht, sondern zerschmettert und aufgelöst. Im Kampfe um die Ruhr waren — um im militärischen Bilde zu bleiben — Mittel eingesetzt und verzettelt worden, ohne daß für die rechtzeitige Bereitstellung von Reserven Sorge getragen worden war. Unsere dringenden Mahnungen, das der Geldentwertung erliegende Steuersystem auf eine widerstandsfähigere Grundlage zu stellen, waren vergeblich. Erst bei der Brotabgabe im Juli 1923, nachdem wir monatelang vergeblich von der Regierung eine Initiative verlangt hatten, ist es uns gelungen, gegen den anfänglichen Widerspruch der Herren Sozialdemokraten und des Herrn Finanzministers Dr. Hermes (hört hört! bei den Deutschnationalen) einen Antrag durchzusetzen, der die Brotabgabe auf der Grundlage des Roggenpreises valorisierte. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) — Wenn die Brotabgabe dann mit vielen Millionen dem Goldwerte nach erhoben worden ist und wenn diese Brotabgabe durch Fehler in der Veranlagung der eingegangenen Gelder auf wenige 10 000 Mark zusammengeschmolzen ist, so lehnen wir dafür die Verantwortung ab. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe links: Wem fällt die Verantwortung zu?) — Die Verantwortung kommt der verantwortlichen Reichsregierung zu, (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) der Regierung, die im August die Brotabgabe einkassierte und sie hat zusammenschmelzen lassen, (erneute Zurufe links) — einer Regierung, in der die Herren Sozialdemokraten durch den Finanzminister Dr. Hilferding vertreten waren, wenn ich deutlich werden soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) — Der Steuerzahler hat die gewaltige Last getragen. Aber dem Staat sind die Millionen durch die Finger gegliitten.

Die Einstellung des passiven Widerstandes, die mit finanziellen Notwendigkeiten begründet wurde, hat keine Entlastung gebracht. Mit Steuererhöhungen war nicht mehr zu helfen, so wenig wie in dem damaligen Stadium den Arbeitern mit Lohnerhöhungen und der Wirtschaft mit Goldrechnung und Goldpreisen zu helfen war. Wir waren im November des vorigen Jahres — drei Monate nach dem Rücktritt der Regierung Cuno und zwei Monate nach der Einstellung des sogenannten passiven Widerstandes — so weit, daß die Einnahmen des Reiches kaum noch den tausendsten Teil der Ausgaben des Reiches deckten. Unser Geldwesen brach völlig zusammen. Die Franzosen schlugen mit den Billionen, die sie im besetzten Gebiet geraubt hatten, auf die zusammenbrechende deutsche Valutafront. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) — In den drei Monaten nach dem Regierungswechsel Cuno-Stresemann sank der Wert der Mark auf ein Millionstel des Wertes herab, in dem die Mark von dem Kabinett Stresemann übernommen worden war. (Hört, hört! bei den Deutschnationalen.) — Die Katastrophe des Geldwertes schien nicht nur jeden weiteren Widerstand gegen den Zugriff unserer auswärtigen Feinde unmöglich zu machen, sie drohte auch unsere ganze innere Wirtschaft, unser ganzes staatliches und gesellschaftliches Gefüge zum Einsturz zu bringen. Der Franzose war nahe dem Ziel, aus den Trümmern Deutschlands sich alles aneignen zu können, was ihm irgendwie begehrenswert erscheinen mochte. Das war die Situation. (Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zurufe links.) — Im letzten, im allerletzten Augenblick gelang es, das Verhängnis noch einmal abzuwenden. Es gelang durch eine kühne und vorbildlose Konstruktion, die gleichzeitig die drei Erfordernisse erfüllte, nämlich erstens die Schaffung eines neuen real fundierten Zahlungsmittels, zweitens die Entlastung der Reichsbank von den dort vorhandenen Schaßwechseln und von weiterer Inanspruchnahme durch das Reich, drittens die Bereitstellung von Übergangskrediten für das Reich bis zur notdürftigen Sanierung seiner Finanzen.

Man liebt es, uns unproduktive Arbeit und rein negative Opposition vorzuwerfen. Deswegen lassen Sie mich unterstreichen, daß die Initiative zu der rettenden

Fat von uns, von der Opposition ausgegangen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Widerspruch und Zurufe links.) — Man liebt es, uns Mangel an Opferwilligkeit nachzusagen; deshalb lassen Sie mich unterstreichen, daß — nicht nur in unserer Partei, sondern auch in den Parteien, denen man gleichfalls Mangel an Opferwilligkeit von dieser Seite (nach links) vorzuwerfen pflegt — die wirtschaftlichen Kreise freiwillig das enorme Opfer auf sich genommen haben, das mit der Schaffung der Rentenmark zusammenhängt, wie das gestern auch der Herr Kollege Dr. Kaas hier zum Ausdruck gebracht hat. (Zuruf auf der äußersten Linken. — Zustimmung rechts.) — Ich darf auch erwähnen, daß wir, nachdem es gelungen war, die Wirtschaftsstände für dieses Projekt zu gewinnen, Schwierigkeiten bei der Regierung hatten, die nach meiner Ansicht die Verwirklichung des Projekts über Gebühr verzögerten. Ich nehme davon den einen oder den anderen der Herren aus; z. B. nehme ich aus den damaligen Wirtschaftsminister Herrn v. Raumer, der von Anfang an großes Interesse für das Projekt zeigte; und vor allen Dingen nehme ich den heutigen Reichsfinanzminister, den damaligen Ernährungsminister Herrn Dr. Luther, aus, der vom ersten Augenblick an die volle Tragweite dieses Projekts erkannt und sich mit der größten Energie dafür eingesetzt hat. Ich hoffe, daß ihm diese Anerkennung nichts schadet. (Heiterkeit.) — Genug, die finanzielle Front wurde unter gewaltigen Anstrengungen und unter gewaltigen freiwilligen und unfreiwilligen Opfern der Wirtschaft, der gesamten Bevölkerung — auch der Arbeiterschaft! — wiederhergestellt und sie ist bis jetzt gehalten worden. Sie kann und wird nach meiner Überzeugung auch weiter gehalten werden, wenn die Leitung unserer finanziellen Geschäfte auf dem Posten ist und wenn — was noch viel wichtiger ist — die Leitung unserer auswärtigen Politik sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt; (sehr richtig! bei den Deutschnationalen) aber ich habe noch einen dritten Vorbehalt: wenn man uns mit mangelhaft durchdachten und deshalb gefährlichen Experimenten verschont.

Zu diesen mangelhaft durchdachten und deshalb gefährlichen Experimenten rechne ich den mir geradezu unbegreiflichen Vorschlag, jetzt für Hunderte von Millionen Mark Reichsilber-

münzen auszuprägen. (Zustimmung bei den Deutschnationalen und rechts.) — Denn ob papierene oder silberne Inflation, ist vollständig gleichgültig. (Erneute Zustimmung.)

Ich rechne dahin auch ein anderes Projekt, von dem jetzt so viel die Rede ist, das Projekt einer Goldbank oder Goldkreditbank oder Goldnotenbank; — es weiß ja niemand recht, welchen Namen dieses ungeborene Kind eigentlich haben wird. (Heiterkeit.) — Aber ich will auf dieses Bedenken in diesem Augenblick nicht näher eingehen, ich will es nur signalisieren. Da der Gedanke der Goldbank unvorsichtigerweise auf das sehr gefährliche Kampfgelände der auswärtigen Politik geschoben worden ist, bin ich gezwungen, im weiteren Verlauf meiner Ausführungen diese Angelegenheit zusammen mit der auswärtigen Politik zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Die Stabilisierung unseres Geldwertes in Verbindung mit den rigorosen, ja brutalen Sparmassnahmen der Reichsfinanzverwaltung, unter denen insbesondere das Beamtentum zu leiden hat, und mit den schweren Opfern, die das deutsche Volk in einem Maße bringt, wie kein Volk auf dem ganzen Erdenrund, haben im Laufe weniger Wochen den Haushalt unserer inneren Reichsfinanzwirtschaft annähernd ins Gleichgewicht gebracht. Wie sich der Herr Finanzminister die weitere Entwicklung denkt, das zeigt in großen Rissen der Budgetvoranschlag, der zunächst dem Sachverständigenkomitee und dann auch dem Haushaltsausschuß des Reichstags mitgeteilt worden ist. Aber ehe ich Zahlen nenne, möchte ich auch hier bekunden: dieser Voranschlag ist ein Hunger- und Kummerbudget (lebhafteste Zustimmung), bei dem ein Volk, ein Kulturvolk wie das deutsche, auf irgendeine Dauer überhaupt nicht existieren kann. (Lebhafteste Zustimmung.) — Dieser Voranschlag rechnet im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt mit 5346 Millionen Goldmark Einnahmen und 5047 Millionen Goldmark Ausgaben, also mit einem Überschuf von rund 300 Millionen. Aber dieser Überschuf — er steht ja nur auf dem Papier — wird nicht nur aufgezehrt, sondern wesentlich überwogen durch die Beträge, die der Herr Finanzminister für die „Durchführung des Friedensvertrages“ eingesetzt hat, — und er hat diese Beträge mit 640 Millionen Goldmark viel zu niedrig eingesetzt; denn unter diesen 640 Millionen

stehen 360 Millionen für die Besatzungskosten, und es ist doch kein Zweifel, daß, wenn die Besatzungskosten im bisherigen Maß weitergezahlt werden, dieser Betrag in wenigen Monaten erschöpft sein wird.

Der Anschlag beruht auf einer steuerlichen Inanspruchnahme des deutschen Volkes — ich wiederhole das —, stärker als in irgend-einem anderen Lande, auf einer Inanspruchnahme, die vor aller Welt um so deutlicher klargemacht werden muß, als man auf diesem Gebiete außerhalb Deutschlands den merkwürdigsten Irrtümern und Trugschlüssen begegnet. (Sehr richtig!) —

Der Herr Reichsfinanzminister selbst hat schon auf Berechnungen hingewiesen, die an der Hand der absoluten Steuerbelastung von England und Amerika die steuerliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ergründen wollen. Der Reichsfinanzminister hat diesen illusorischen Berechnungen die harte Tatsache der Verarmung Deutschlands gegenübergestellt, eine Tatsache, die viele unserer eigenen Landsleute erst begriffen haben, als die Nebel der Inflation gefallen waren, die heute im Auslande vielfach noch nicht begriffen wird, und die bisher kaum irgendwo in ihrem vollen Umfange begriffen worden ist.

Wenn ich Reich, Länder und Kommunen zusammennehme, so erhalte ich für 1913, also für das letzte Friedensjahr, eine Gesamtausgabe für öffentliche Zwecke in Höhe von rund 7 Milliarden Mark bei einem Gesamteinkommen in Höhe von rund 43 Milliarden Mark. Das sind 16 Prozent Ausgaben für öffentliche Zwecke schon in Friedenszeiten! Das heutige Volkseinkommen Deutschlands ist, wenn man sehr optimistisch sein will, auf 20—22 Milliarden Goldmark zu veranschlagen, — übrigens eine Zahl, auf die auch auswärtige Sachverständige kommen. Die Ausgaben für öffentliche Zwecke wird aber niemand heute niedriger veranschlagen wollen als auf die 7 Milliarden Mark Ausgaben in der Vorkriegszeit. Und diese 7 Milliarden gegenüber 20—22 Milliarden Volkseinkommen ergeben eine durchschnittliche Steuerbelastung von rund einem Drittel\*).

---

\*) Anmerkung: Es kommt hinzu, daß in der Vorkriegszeit ein erheblicher Teil der öffentlichen Lasten durch die Überschüsse der staatlichen Betriebe und des öffentlichen Vermögens gedeckt wurde. Die eigentliche Steuerbelastung dürfte etwa 11 Prozent des Volkseinkommens betragen haben. Dagegen muß jetzt der gesamte öffentliche Finanzbedarf so gut wie ausschließlich durch Steuern

(Hört! hört!). Die Belastung der großen Masse ist natürlich geringer, trotz der sehr schweren Verbrauchssteuern und trotz der Umsatzsteuer. Der Ausgleich dafür liegt auf der anderen Seite: dafür ist das produktive Vermögen in der Industrie und der Landwirtschaft weit über die  $33\frac{1}{3}$  Prozent hinaus besteuert. (Lebhafte Zustimmung rechts.) — Ich möchte behaupten, daß bei einer großen Anzahl von Betrieben die steuerliche Belastung über 100 Prozent des Nettoeinkommens hinausgeht. (Erneute lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: Das sollen Sie beweisen!) — Ich werde meine Redezeit nicht an diesen Beweis verschwenden. Den Beweis konnten Sie, wenn Sie die Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgten, sogar in der Denkschrift lesen, die von der Reichsfinanzverwaltung den Sachverständigen vorgelegt worden ist. (Erneute Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten.) — Auf Sachverständnis wird hier offenbar kein Wert gelegt. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: Wir haben die Denkschrift auch gelesen.) — Dann werden Sie meine Zahlen bestätigen. (Widerspruch bei den Vereinigten Sozialdemokraten. — Zuruf von den Deutschnationalen: Also nicht verstanden!)

Das steuerfreie Durchschnittseinkommen in Deutschland, für das der Reichsfinanzminister gleichfalls Zahlen mitgeteilt hat, berechne ich folgendermaßen: für das letzte Friedensjahr auf 540 Mark pro Kopf und heute auf etwa 225 Mark! Das durchschnittliche steuerfreie Einkommen ist also auf weniger als die Hälfte des Friedensstandes heruntergedrückt! (Hört! hört!) — Meine Herren, ich bedauere, daß Berechnungen dieser Art dem Expertenkomitee in der sonst so umfassenden und gründlich ausgearbeiteten Denkschrift über Deutschlands Finanzen, Wirtschaft und Währung nicht vorgelegt worden sind; denn die Höhe des Volkseinkommens ist der entscheidende Faktor der steuerlichen Leistungsfähigkeit eines jeden Landes, der einzig

---

gedeckt werden. Die prozentuale Steuerbelastung des Volkseinkommens ist also gegenüber der Vorkriegszeit fast auf das Dreifache gestiegen. — Die oben gegebenen Zahlen beruhen auf einer neuen Nachprüfung und weichen deshalb von den im Reichstag genannten etwas ab.

Maßstab für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit Deutschlands in bezug auf Reparationen. (Sehr richtig! rechts.)

Gegenwärtig und noch für längere Zeit hinaus ist die Leistungsfähigkeit Deutschlands für Reparationen gleich Null! (Lebhafte Zustimmung rechts.) — Ja, wir werden die größten Schwierigkeiten haben, die Bedürfnisse unserer eigenen öffentlichen Verwaltung zu decken und unser Volk in den nächsten Jahren über den ganz unmittelbaren Hunger hinüberzubringen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ebenso unmöglich wie die Reparationszahlungen, die in den Voranschlag des Reichsfinanzministers für 1924 überhaupt nicht eingestellt sind, ist aber auch die Bezahlung der ungeheuren Summen, die als Besatzungskosten von uns gefordert und erpreßt werden. (Sehr gut! und Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

— Die Behandlung dieser ungeheuer ernsten Frage darf nicht mit dem bequemen Einwand abgetan werden: wer die Besatzungskosten beanstandet, der wolle dem besetzten Gebiet neue Lasten und neue Drangsale auferlegen. Nein, was wir wollen, ist, daß vor der ganzen Welt die Lasten und Drangsale in das richtige Licht gesetzt werden, die den besetzten Gebieten auferlegt sind. Es muß auch an dieser Stelle hier immer wieder darauf hingewiesen werden, in welcher Weise die jetzt angeblich unsichtbar gemachte Besatzung auf die besetzten Gebiete drückt. Dafür ein Beispiel. Meine Frau hat gerade jetzt einen Brief von einer Freundin aus dem neubesetzten Gebiet bekommen, der charakteristisch ist für die Art, wie dort Privathäuser mit Beschlag belegt werden, und was da alles verlangt wird. Es heißt darin:

Fortwährend erschienen zur Bestätigung Ehepaare oder vielmehr fingierte Ehepaare. Die eine Dame verlangte neue Spitzengardinen, der anderen sind unsere Möbel nicht fein genug. Wir machten Folterqualen durch, mußten aber ruhig bleiben, um nicht Strafen auf uns zu ziehen. Am tollsten war die Liste der zu liefernden Sachen. Was da an Wäsche, Porzellan, Bestecken, Geschirr usw. gefordert wird, ist unglaublich. Für einen einrigen Offizier kamen gestern die Hausgeräte, die er sich auf Stadtkosten gekauft hat, trotzdem wir ihm eine Küche mit allen möglichen Sachen eingerichtet hatten. Uns standen die Haare zu Berge. Als erstes erschienen drei Kristallkaraffen mit ungezählten Kristall-

gläsern, dann Körbe über Körbe mit Töpfen, Eßservicen, allein 24 flache Teller für einen Offizier, (stürmische Rufe: hört! hört!) — 4 Waschgarnituren, alles in Hülle und Fülle. Die ganze Küche ist damit vollgestellt. Mit Bettzeug geht es ebenso. Du hattest längst nicht so viel bei Deiner Heirat. Wie ist es möglich, daß der Staat das alles bezahlt, wenn jeder sich in dieser Weise einrichten darf?

Da sehen wir, wo das Geld hingehet, in welcher schändlichen Weise das Geld verpulvert wird, das das deutsche Volk sich absparen muß. Da darf es mit den Denkschriften allein nicht abgetan sein. Ich weiß nicht, wie lange es her ist — wohl ein Jahr —, daß die letzte uns darüber vorgelegt worden ist. Wir wollen, daß die Lebendigen Menschen, auch die Lebendigen Minister, für diesen Skandal die ganze Welt zum Zeugen aufrufen.

Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind und waren stets bereit, dem besetzten Gebiet, mit dem wir uns mindestens ebenso verwachsen fühlen wie irgendein anderer, jede nur denkbare und mögliche Hilfe in seinem heldenhaften Kampfe um die Zugehörigkeit zum Reich und zu den Ländern zu gewähren. Darin lassen wir uns von niemand sonst übertreffen. Wir sind aber der Meinung, daß es keine Unterstützung des Abwehrkampfes gegen Losreisungsbestrebungen Frankreichs ist, wenn die Frage der Besatzungskosten, diese Frage für Leben und Sterben des ganzen Deutschen Reiches, vertuscht und beschönigt wird, ja, wenn öffentlich proklamiert wird, daß in bezug auf die Besatzungskosten in der Lage, in der wir uns befinden, wir uns jeder Erpressung fügen müßten. Nein, meine Herren, das machen wir nicht mit, denn das ist ein Freibrief für weitere Erpressungen.

Wir wünschen, daß nicht nur über die Art und Weise, wie dort gewüstet wird, sondern daß auch über die Summen, die an Besatzungskosten von uns herausgeholt werden, dem deutschen Volke und der Welt volle Klarheit gegeben wird.

Deswegen haben wir am 30. Dezember eine detaillierte Anfrage an den Herrn Reichsfinanzminister gestellt, die dieser dankenswerterweise auch sehr eingehend beantwortet hat. Indessen glauben wir — die Antwort ist ja bisher nicht publiziert worden —, daß bei der Wichtigkeit der Sache es sich empfehlen würde, die Antwort zu veröffentlichen, in einzelnen Punkten ergänzt, und darüber hinaus dem Reichstag das Material über die Besatzungskosten vorzulegen, das

nach der Mitteilung des Herr Reichsaußenministers im Auswärtigen Ausschuss dem Sachverständigenkomitee gegeben worden ist. Denn der Zustand geht doch wohl nicht länger an, daß internationalen Ausschüssen Auskünfte und Materialien über unsere finanzielle Lage vorgelegt werden, die uns, den Vertretern des deutschen Volkes, vorenthalten werden. (Lebhafte Zustimmung.) — Es ist unmöglich, ja es ist ein unwürdiger Zustand, daß man als Reichstagsabgeordneter, daß man als Mitglied des Haushaltsausschusses, des Steuerausschusses und des Auswärtigen Ausschusses genötigt ist, sich aus Graubüchern und anderen Publikationen unserer Kriegsgegner über die wahre finanzielle Lage des deutschen Volkes orientieren zu müssen. (Hört! hört!)

Aus den uns zugegangenen Aufstellungen über die Besatzungskosten entnehme ich folgende Endresultate: Bis Ende 1922 stellten sich die sogenannten inneren Besatzungskosten, die von Deutschland neben den Reparationslasten in bar gezahlt werden mußten, auf 911 Millionen Goldmark. (Hört! hört!) — In dem einen Jahr 1923, obwohl während des größten Teils dieses Jahres an Frankreich und Belgien Besatzungskosten überhaupt nicht gezahlt wurden, sind trotzdem diese inneren Besatzungskosten auf 418 Millionen gestiegen, sie waren also für 1923 ungefähr doppelt so hoch, wie im Durchschnitt der vorhergegangenen Jahre. (Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten.) — Ich spreche von den Barzahlungen, die das Deutsche Reich für „innere Besatzungskosten“ geleistet hat. Die sogenannten „äußeren Besatzungskosten“, die Ihnen vielleicht vorschweben, die Deutschland auf Reparationskonto belastet werden und die nach dem Versailler Diktat vorweg aus den von Deutschland geleisteten Reparationszahlungen abzudecken sind, haben bis Ende 1922 nicht weniger als 3520 Millionen Goldmark betragen (Hört! hört!) — also im Jahresdurchschnitt nahezu 900 Millionen Goldmark. Für 1923 liegen amtliche Ziffern noch nicht vor. Auf die Schätzungen des Reichsfinanzministers, die ich für viel zu niedrig halte, will ich nicht eingehen. Ich stelle nur fest, daß nach den bisherigen Aufgaben die endgültigen Ziffern für die Besatzungskosten Jahr für Jahr beträchtlich mehr als eine Milliarde Goldmark ausgemacht haben —, ich kann nur immer wiederholen: beträchtlich mehr, als die ganzen Ausgaben des kaiser-

lichen Deutschland für seine gesamte Armee und seine gesamte Marine. (Hört! hört! rechts. — Zuruf von der Deutschen Volkspartei.) — Ja, die Franzosen sind so stolz, daß sie nach 1870 in drei bis vier Jahren die Kriegsschädigung abbezahlt haben. Wir haben allein für diese verfluchten Besatzungskosten in den letzten Jahren weit mehr bezahlt, als die ganze französische Kriegsschädigung betragen hat. (Hört! hört!)

Der Herr Außenminister hat am 28. Februar hier ausgeführt, daß die Besatzungskosten im wesentlichen an die Kommunen des besetzten Gebietes gezahlt werden. Das kann sich natürlich nur auf die „inneren Besatzungskosten“ bezogen haben. Aber auch für die inneren Besatzungskosten stimmt das nicht. Von den 418 Millionen Goldmark, die im Jahre 1923 für innere Besatzungskosten bezahlt wurden, kamen nach der Antwort des Finanzministers an uns nur 94 Millionen, also nicht einmal ein Viertel, auf die „Erstattung von Requisitionen und sonstigen Entschädigungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen an die Kommunen und an die Bevölkerung“. (Hört! hört! rechts.) — Daneben aber stehen die geradezu unsinnigen Summen für Kasernenbauten, für Herstellung von Exerzier- und Flugplätzen, für das entgegen den Bestimmungen des Rheinlandabkommens von der Rheinlandkommission eingerichtete und immer weiter ausgedehnte Delegiertensystem, für diese ganze Zivilverwaltung, die gegen jedes Vertragsrecht in dem besetzten Gebiet von den Okkupationstruppen eingerichtet worden ist, und schließlich noch für die Markzulagen an die Besatzungstruppen. Was soll man dazu sagen und was sagt die Welt dazu, wenn neuerdings allein im Ruhrgebiet für neue Kasernenbauten und Offizierswohnungen mehr als 25 Millionen Goldmark verlangt werden? Was soll man dazu sagen, wenn im Dezember 1923 die Markzulagen allein für die 200 Offiziere der Interalliierten Militärkontrollkommission doppelt soviel betragen haben wie die Gehälter der 3800 Offiziere der gesamten deutschen Reichswehr? (Lebhafte Rufe: Hört! hört!) — Und was

soll man dazu sagen, wenn zu dieser Markzulage noch das Grundgehalt dazu kommt, das diese Offiziere der Militärkontrollkommission in Pfund Sterling und in Franken beziehen?

Die Angelegenheit der Besatzungskosten hat schließlich nicht nur für Deutschland, das sich an diesen wahnsinnigen Ausgaben verbluten muß und nach den Wünschen Frankreichs auch verbluten soll, Bedeutung, sondern auch für unsere Vertragsgegner. Frankreich hat bei den Vorverhandlungen zum Versailler Vertrag eine Priorität für sich verlangt und nicht erhalten, und nun versucht es, auf dem Wege der Besatzungskosten sich gegenüber seinen eigenen Alliierten diese Priorität zu erschleichen. (Sehr wahr! rechts.) — Denn indem es den Unterhalt seines Heeres, das weit über die Vorkriegsstärke hinausgeht, im Wege der Besatzungskosten zum großen Teil auf Deutschland schiebt, betrügt es seine Alliierten um die Reparationszahlungen, die nach den Abmachungen zwischen Frankreich und seinen Alliierten diesen zustehen würden. Hier liegt also eine gewisse Interessensolidarität zwischen uns und den Alliierten Frankreichs vor, die nützlich verwertet werden könnte. Ich habe aber stets den Eindruck gehabt, als ob gerade in der Frage der Besatzungskosten von unsern verschiedenen Regierungen die Dinge nicht mit dem nötigen Nachdruck behandelt worden seien. Ich darf daran erinnern, daß wir schon seit Jahren Kenntnis davon haben, daß Lloyd George an demselben verhängnisvollen 13. Juni 1919, an dem er endgültig zu der fünfzehnjährigen Okkupation der Rheinlande seine Zustimmung gab, von Herrn Clemenceau sich ein Papier hat unterzeichnen lassen, daß die Besatzungskosten nicht höher sein dürften als 240 Goldmillionen pro Jahr. Ich habe schon seinerzeit, als Herr Simons noch Außenminister war, vergeblich darauf gedrängt, daß die deutsche Regierung versuche, aus dieser Abmachung etwas für uns herauszuholen. (Abgeordneter Dr. Dernburg: Es ist in Boulogne wiederholt!) — Die Abmachung ist dann später in dem Finanzministerabkommen der Alliierten wiederholt worden, und zwar im März 1922. Der Betrag ist sogar auf 220 Millionen Goldmark reduziert worden. Ich habe im Herbst 1922 an die Regierung die Frage gerichtet, ob dieses Abkommen uns gegenüber offiziell notifiziert worden sei, so daß wir in der Lage wären, uns darauf zu stützen. Ich habe zuerst eine verneinende Antwort bekommen, und dann nach einigen Wochen habe ich eine bejahende

Antwort erhalten. (Hört! Hört! rechts.) — Ich frage: wie ist es möglich, daß ein für uns so wichtiges Abkommen, wenn es uns notifiziert worden ist, im Aktenschränk verschwand? Und jetzt, in der Antwort des Finanzministers auf unsere Frage müssen wir lesen, daß auch in den Jahren 1922 und 1923 die Okkupationsmächte sich an dieses Abkommen in keiner Weise gehalten haben. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! So dürfen diese Dinge, so können diese Dinge unter keinen Umständen weiterbehandelt werden. (Sehr richtig! rechts.) — Was helfen uns alle Konsultationen der berühmtesten Ärzte des Erdballs, wenn das Herzblut uns aus der offenen Wunde strömt und wenn niemand Miene macht, das Blut zu stillen und die Wunde zu verbinden! (Erneute Zustimmung rechts.)

Sie sehen, es handelt sich da um ganz andere Dinge als etwa darum, die Lasten vom unbefetzten Gebiet aufs besetzte Gebiet abzuwälzen. Wir verlangen, daß die Reichsregierung im Interesse der besetzten Gebiete selbst und im Interesse des ganzen Reiches sich rührt, um hier eine Änderung mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, herbeizuführen. Wir wissen, daß wir mit unserer Forderung die Bevölkerung der besetzten Gebiete, soweit sie die Zusammenhänge übersieht, nicht gegen uns, sondern hinter uns haben. Wir wissen, daß uns das besetzte Gebiet nicht durch kurzbeinige Beschönigungen erhalten bleiben kann, sondern nur dann, wenn wir den harten Tatsachen ins Auge sehen und entschlossen sind, uns zu wehren.

Leider ist die Behandlung des Themas „Besatzungskosten“ kein Einzelfall. Sie ist in gewisser Beziehung typisch für die auswärtige Politik der gegenwärtigen Reichsregierung, die mir nicht Lösungen zu suchen scheint, sondern von der ich den Eindruck habe, daß sie den Entscheidungen ausweicht.

Sie wissen, daß meine Freunde von Anfang an gegen den Kurswechsel, der mit der Ersetzung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann eingeleitet wurde, die schwersten Bedenken hatten. Daß damals der Kurs der auswärtigen Politik grundsätzlich umgesteuert worden ist, das heute noch zu bestreiten, hat, glaube

ich, keinen Zweck. Der Herr Reichsminister des Auswärtigen hat zwar damals hier erklärt, daß er den Kurs der auswärtigen Politik Cuno-Rosenberg weiter zu steuern beabsichtige. Herr Dr. Breitscheid, der gestern hier gesprochen hat und der ja auch einigen Einblick in diese Dinge besitzt, scheint anderer Meinung zu sein. Überdies hat bald nach dem Regierungswechsel der damalige Innenminister, Herr S o l l m a n n, in einer öffentlichen Rede von dem „entscheidenden Kurswechsel“ gesprochen, der mit dem Regierungswechsel in der auswärtigen Politik vollzogen worden sei. Ich habe nicht gehört, daß der damalige Reichskanzler, Herr Dr. Stresemann, gegenüber dem deutschen Innenminister, Herrn S o l l m a n n, bei dieser Äußerung etwa in derselben Weise eingegriffen hat, wie das der britische Premierminister Macdonald jetzt gegenüber dem britischen Innenminister Henderson für nötig befunden hat. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen. — Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann: Worin hat der Kurswechsel bestanden?) — Der Kurswechsel hat darin bestanden — das ist der Eindruck, der in der ganzen Welt hervorgerufen worden ist —, daß wir den Versuch, mit England zu kooperieren, für erledigt hielten und nunmehr auf die bedingungslose Verständigung mit Frankreich zu steuerten. Der Regierungs- und Kurswechsel ist vollzogen worden am 12. August, am Tage, nachdem die englische Note vom 11. August hier eingegangen war, in der die englische Regierung zum ersten Male in der Rechtsfrage der Okkupation gegen Frankreich öffentlich Stellung genommen hat. Ich konnte mich damals schon und kann mich auch heute nicht der fatalen Erinnerung erwehren an einen ähnlichen Wechsel in einer ähnlich verhängnisvollen Zeit, an den Wechsel, der seinerzeit im Juli 1917 vollzogen worden ist und von dem ich vorhin in Verbindung mit der päpstlichen Friedensaktion bereits andeutungsweise gesprochen habe. Herr Baldwin selbst ist übrigens interpelliert worden, warum er der Note vom 11. August, dieser forschen Note, keine Konsequenz gegeben habe, und er hat geantwortet: es hätte gar keinen Zweck gehabt, denn man sei sich in England bald nach Absendung der Note darüber klar geworden, daß Deutschland den passiven Widerstand aufgebe, so daß eine britische Aktion ein Schlag

ins Wasser gewesen wäre. (Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann: Sie kennen doch die Antwort Englands, wo gesagt wird, es sei töricht gewesen, den passiven Widerstand über seinen Höhepunkt zu verlängern. Jetzt stellen Sie es so dar, als wenn England uns gesagt hätte, weil wir den passiven Widerstand aufgegeben haben, hätte es uns nicht helfen können.) — Ich glaube, zunächst hat noch der Abgeordnete Helfferich das Wort, und da ich das Wort habe, möchte ich sagen, daß der Außenminister doch wohl die Note kennt, in der Lord Curzon Frankreich erklärt, daß keine Grundlage dafür gegeben sei, von Deutschland die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes zu verlangen.

Aber selbst wenn man sich auf die Grundlage der Politik des Kabinetts Stresemann stellt — was meine Freunde entschieden ablehnen —, bleiben die schwersten Bedenken und Ausstellungen gegen die praktische Methode dieser Politik.

Ich könnte mir denken, daß der Versuch einer direkten Verständigung mit Frankreich hätte unternommen werden können, ohne daß deshalb in der Weise, wie es geschehen zu sein scheint, alles auf diese Karte gesetzt werden mußte. Ich könnte mir denken, daß der Versuch einer Verständigung mit Frankreich gemacht wurde, ohne daß man deshalb auf jeden Druck verzichtete, den man hätte ausüben können.

Ich habe selbst vom Standpunkt der Stresemannschen Politik nie verstanden, warum man, wenn man schon die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes für nötig hielt, die Verfolgung der mit der englischen Note vom 11. August auf ein neues, für uns hoffnungsvolles Gleis gebrachten Rechtsfrage völlig unterlassen hat. England erklärte damals die Ruhrbesetzung kategorisch für vertragswidrig. England verwies für die Austragung der Rechtsfrage, ob die Interpretation des berühmten Sanktionsparagraphen des Versailler Diktats durch Herrn Poincaré zutreffend sei, auf die Vertragsbestimmung, nach der die Befugnis der Interpretation der Reparationsklauseln, zu denen der Sanktionsparagraph, der § 18, gehört, der Reparationskommission zusteht, die aber in Interpretationsfragen nur mit

Ein stimmigkeit entscheiden kann. Da England seinen Rechtsstandpunkt für die Illegalität, die Unrechtmäßigkeit, die Vertragswidrigkeit des französischen Ruhrreinmarsches im voraus festgelegt hatte, bestand die Sicherheit, daß das Erfordernis der Einstimmigkeit für die von Herrn Poincaré beliebte Interpretation des Sanktionsparagrafen unter keinen Umständen zu erlangen war. Und mit der Ablehnung dieser Interpretation, die sicher war, war durch die Reparationskommission selbst vor der ganzen Welt die Rechtswidrigkeit der Ruhrinvasion festgestellt. (Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: Was war damit erreicht?) — Die Leute, denen das „machtlose Recht“ vor der „rechtlosen Macht“ geht, sollten mir diese Frage nicht stellen. (Sehr gut! rechts. — Zuruf von den Vereinigten Sozialdemokraten: Sie verlassen sich doch auf England!) — Ja, wenn Sie es beim erstenmal nicht kapieren, ich bin kein Pfarrer, der zweimal predigt. —

Aber nicht nur ist damals bei Beginn der Regierung Stresemann der Ball, der hier von der britischen Regierung uns zugeworfen wurde, nicht aufgenommen worden, auch Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini vom 16. November 1923 über das Thema der Ruhrökupation, an die die deutsche Regierung hätte anknüpfen können, sind, soweit ich sehe, ignoriert worden. Was im stillen geschehen ist, weiß ich nicht. Vielleicht bekommen wir darüber Auskunft. Es ist doch immerhin nicht ohne Bedeutung, wenn der italienische Ministerpräsident ausdrücklich erklärt, der italienische Delegierte in der Reparationskommission habe dem Beschluß über den deutschen Lieferungsrückstand an Holz und Kohlen, den Frankreich und Belgien ja bekanntlich zum Vorwand der Ruhrinvasion genommen, nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt zugestimmt, daß aus diesem Beschluß lediglich finanzielle Konsequenzen gezogen werden dürften. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Ebenso vermisse ich eine befriedigende Antwort auf meine neulich gestellte Frage, welche Schritte die deutsche Regierung getan hat, um die Entlarvung des von Herrn Dr. Hector geübten gemeinen Betruges und die Ausnutzung dieses

Betruges durch Herrn Clemenceau im Interesse des Saargebietes und seiner zukünftigen Wiedervereinigung mit Deutschland zu fruktifizieren.

Ich könnte diese Fragen häufen. Ich könnte fragen, was in Sachen der Evakuierung des badischen Gebietes von Kehl, Offenburg und Appenweier geschehen ist. Die Franzosen sind dort vor ungefähr einem Jahre eingerückt unter dem unerhört schäbigen Vorwande, daß Deutschland die Schlafwagenverbindung mit der Tschechoslowakei eingestellt habe. (Hört! hört!) — Soviel ich weiß, ist diese Schlafwagenverbindung längst wiederhergestellt. Aber die Franzosen denken nicht daran, die Enklave, die sie sich dort okkupiert haben, wieder zu räumen. Mir ist nicht bekannt, welche Schritte die deutsche Regierung in dieser Sache unternommen hat.

Ich könnte weiter fragen, was die Regierung getan hat, um die ebenso widerrechtliche Besetzung der Mannheimer Hafen- und Industrieanlagen rückgängig zu machen oder wenigstens die durch jene widerrechtliche Okkupation bewirkte Erdrosselung des Mannheimer Handels und der Mannheimer Industrie zu parieren. Meine Damen und Herren! Ich war jetzt auf dem Deutschen Tag, den die südwestdeutsche Presse in Mannheim veranstaltet hat. Dort hat der Präsident der Mannheimer Handelskammer Klage geführt: Die Herren seien wegen dieser unmöglichen Zustände nach Berlin gereist und beim Auswärtigen Amt vorstellig geworden, hätten aber dort kein Verständnis gefunden; man habe ihnen die Antwort gegeben, Schritte bei Frankreich in dieser Angelegenheit paßten nicht in die „große Linie“ der deutschen Politik. (Hört! hört! bei den Deutschenationalen.) — Die Herren haben den Eindruck gewonnen, — ich will nicht darüber entscheiden, ob er berechtigt war oder nicht —, daß es den Herren vom Auswärtigen Amt lieber wäre, wenn sie sich an den General Tirard nach Koblenz wenden würden. Wenn man solche Eindrücke aufkommen läßt, dann erreicht man nicht, daß das besetzte Gebiet zum deutschen Vaterlande hält. (Abgeordneter Koch [Weser]: Was würden Sie denn tun?) — Ich verlange, daß die Regierung des Deutschen Reiches gegenüber den unerhörten Zuständen, wie sie in Mannheim bestehen, wenigstens dem Handelskammer-

präsidenten in billiger Weise Gehör gibt, und ich verlange, daß man den Herren nicht sagt, Deutschland könne in dieser Beziehung keine Schritte unternehmen, weil das nicht in die große Linie seiner Politik passe. (Abgeordneter Koch [Weser]: Was wollen Sie denn gegenüber Frankreich machen?) — Wenn Ihre ganze Außenpolitik darin besteht, daß Sie nichts tun, dann werden Sie doch Außenminister! (Abgeordneter Koch [Weser]: Was würden Sie denn tun?) — Sie können ja nachher hier heraufkommen und erklären: Gegenüber allen französischen Erpressungen sind wir machtlos; deswegen gehen wir nach Hause, lassen keinen neuen Reichstag wählen, sondern setzen den Herrn General Tirard hierher. (Abgeordneter Koch [Weser]: Sie sagen noch immer nicht, was Sie tun würden! Darauf kommt es an!) — Ich wäre bereit, wenn ich die deutsche Politik verantwortlich zu leiten hätte, aus den fortgesetzten Vertragsverletzungen Frankreichs die äußersten Konsequenzen zu ziehen. (Zurufe bei den Deutschen Demokraten und links: Welche?) — Die im einzelnen hier zu beschreiben, lehne ich ab. (Lachen.) — Hier wurde neulich erklärt, daß Macdonald, der sich vor den Wahlen für die Revision des Versailler Friedens einsetzte, begreiflicherweise jetzt über diese Dinge nicht mehr so offen spreche. Meine Herren, Sie wissen nicht, wie der neue Reichstag aussehen wird. Ich spreche angesichts der Möglichkeit, daß Leute, die uns nahe stehen, sehr bald an verantwortlicher Stelle stehen werden. Deswegen nehme ich für uns heute das Privilegium in Anspruch, das die Herren von der Sozialdemokratie für Herrn Macdonald verlangen. (Sehr gut! rechts. — Rufe links: Uha!)

Ich habe vorhin schon erklärt, daß der Kampf auf allen Gebieten ausgefochten wird, und nicht zum wenigsten auf dem Gebiete des Rechts. Die Franzosen sind in Rechtsfragen die größten Formalisten, die es in der ganzen Welt gibt. Jeder, der jemals mit Franzosen zu verhandeln hatte, wird das bestätigen. Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten machen die Franzosen ihre Vorbehalte und Reserven. Und wenn die Gegenpartei Vorbehalte und Reserven nicht macht oder wenn die Gegenpartei es versäumt, Rechtsmittel einzulegen, so drehen die

Franzosen aus dieser Unterlassung der Gegenpartei einen Strick. Das ist nicht nur heute so, Sie brauchen nur nachzulesen, wie nach dem Westfälischen Frieden die Franzosen unzählige Male aus versäumten Verwahrungen und aus der Unterlassung des Ergreifens von Rechtsmitteln für sich neue Rechtstitel konstruiert haben. Allein schon aus diesem Grunde müssen wir verlangen, daß mit der Inaktivität, die in diesem Punkte bisher zu bestehen scheint, gebrochen wird. (Abgeordneter Koch [Weser]: Sie würden also Verwahrung einlegen?) — Ich sage nicht, daß das alles ist. Das ist nur der bescheidene Anfang. (Zurufe.)

Zu alledem, wovon ich eben sprach, kommt der vollendete Mangel an Führung nach der Proklamation der Einstellung des passiven Widerstandes. Dieser Abbau mußte, wenn er schon beschlossen wurde, organisiert und geleitet werden. Er ist weder organisiert noch geleitet worden. Niemand wird behaupten können, daß der Abbau des passiven Widerstandes in irgendeiner Organisation oder irgendeiner Leitung sich vollzogen hat. (Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Das Reich war gar nicht zugelassen!) — Herr Dr. Stresemann, die Industriellen, die bei Ihnen waren, die Sie um ein mot d'ordre, um ein Nichtwort baten, haben es von Ihnen nicht bekommen. Die Herren sind mit dem Eindruck abgereist, daß man sie ihrem Schicksal überlasse, daß es jedem einzelnen überlassen bleiben solle, was er zur Wahrung seiner eigenen Interessen zu tun für richtig halte. (Abgeordneter Koch [Weser]: Das war während der Kabinettskrise!) — Es war später. Es gibt Leute, die darüber zeugeneidliche Bekundungen machen können. (Zurufe.)

Die „große Linie der Politik“, die den Mannheimer Herren entgegengehalten worden ist, heißt offenbar: — ich muß diesen Schluß ziehen — alles vermeiden, was Frankreich unangenehm ist! Zu den Dingen, die Frankreich allmählich außerordentlich unangenehm werden, gehört auch die Frage der Schuld am Weltkriege. Auf dem Fundament der Schuldüge ruht das ganze Versailler Diktat und ruhen alle Konsequenzen, die Frankreich widerrechtlich daraus zieht. Welche Fülle von Vorstellungen hat die Reichsregierung erhalten aus dem

Parlament und außerhalb des Parlaments! Ich kann da nur verweisen auf die Anträge der Vereinigten Vaterländischen Verbände und des Arbeitsausschusses der Deutschen Verbände. Was geschieht? Ich weiß es nicht. Und doch steht die Schuldfrage nicht nur am Eingang des die Reparationen behandelnden Teiles des Versailler Diktats. Mit der Schuldfrage begründet Frankreich auch bis auf den heutigen Tag seine Forderungen nach „Sicherheiten“ gegen neue deutsche Überfälle, eine Forderung, die für den Bestand des Reiches noch gefährlicher zu werden droht, als die Forderung der Reparationen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) — Der Brief Macdonalds vom 21. Februar, dessen ernste, von der Sorge um den Weltfrieden eingegebene Absicht ich durchaus anerkenne, beleuchtet diese Gefahr der Sicherheitsforderungen Frankreichs deutlich genug. Er stellt die Frage zur Diskussion, ob der internationale Argwohn beseitigt werden könnte durch „regionale Entmilitarisierung“ und durch „die Schaffung neutralisierter Gebietsstreifen zwischen gewissen Staaten unter gegenseitiger oder kollektiver Garantie und Überwachung“. Zusammen mit der weiteren Bemerkung, daß der Völkerbund in dieser Frage eine wichtige Rolle spielen könne, ist diese Anregung eine Bestätigung des schon seit längerer Zeit in der auswärtigen Presse erörterten Projektes, die gesamten deutschen Rheinlande, eventuell sogar einschließlich des Ruhrgebietes, unter die Verwaltung des Völkerbundes zu stellen, und zwar nicht nur für die 15 Jahre der Okkupationszeit nach dem Versailler Vertrag, sondern auf die Dauer. Was das für uns bedeuten würde — Herr Dr. Kaas hat ja erfreulicherweise mit dem stärksten Nachdruck gestern darauf hingewiesen. (Bravo! bei den Deutschnationalen.) —, was das für uns bedeuten würde, zeigt die Völkerbundsverwaltung des Saargebietes: Frankreich hätte sein Ziel, Deutschland durch die Abtrennung des Rheinlandes zu einem hilflosen Krüppel zu machen, in vollem Umfange erreicht. (Sehr richtig! rechts.) — Ich kann nur sagen, daß die vorgestern im britischen Unterhause stattgehabte Debatte über das Saargebiet und über den Völkerbund mich

keineswegs beruhigt hat. Auf die Anfrage von Sir Ellie Hume Williams, ob der britische Vertreter im Völkerbund sich dafür einsetzen werde, daß endlich das Saargebiet in der Regierungskommission einen Vertreter erhalte, der das Vertrauen der Bevölkerung besitze, hat Macdonald geantwortet, der britische Vertreter werde sich um eine solche Ernennung bemühen; es sei jedoch nicht der Brauch des Völkerbundsrats, die Volksvertretung des Saargebiets aufzufordern, geeignete Namen zu unterbreiten, und es beständen Einwände gegen ein Abweichen von dem allgemeinen Brauch bei den bevorstehenden Wahlen. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Was ist das für ein allgemeiner Brauch?) — Ich weiß es nicht. Sie müssen Macdonald fragen; ich heiße nicht Macdonald. (Lachen links.) — Die Sache ist wirklich nicht zum Lachen, Herr Kollege. — So sieht es mit dem Schutze des Völkerbundes für die Selbstbestimmung der Völker aus! Wenn Sie darüber lachen, dann lachen Sie über Völkerbund und Selbstbestimmung. (Erneutes Lachen links.) — Lachen Sie nur weiter! Sie wissen ja, woran man gewisse Leute erkennt.

Ich weiß nicht, ob der Herr Außenminister glaubt, mit den Vorbehalten, die er für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gemacht hat, die sehr merkwürdigen Bräuche dieser Institution ändern zu können. Ich möchte doch der grundsätzlichen Bereitwilligkeit des Herrn Reichsaußenministers, dem Völkerbund unter den von ihm genannten Vorbehalten beizutreten, die Worte entgegenhalten, die er selbst am 21. Januar 1923 in Stuttgart gesprochen hat. Damals hat der Abgeordnete Dr. Stresemann, der heutige Reichsaußenminister, gesagt:

Wo ist der Völkerbund jetzt, wo Frankreich wider Frieden, Recht und Vertrag in das souveräne Deutschland einmarschiert? Wo ist denn die Stimme der beleidigten Menschheit, die aus ihm ertönt? . . . Ist der Völkerbund der Wächter der Erhaltung des Friedens in der Welt, so ist es seine Pflicht, seine Stimme zu erheben gegenüber dem Einmarsch der Franzosen in Deutschland. Schweig er auch hier,

— wie er nämlich vorher über Oberschlesien, Danzig, Memel usw. geschwiegen hat —

dann hat er das Recht verwirkt, noch einmal seine Stimme zu erheben. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Indem ich den Herrn Minister an diese Worte des Herrn Abgeordneten erinnere, möchte ich ihn in Übereinstimmung mit dem Sprecher des Zentrums von gestern zur alleräußersten Vorsicht mahnen. Wir wissen, daß Macdonald auf den Völkerbund große Hoffnungen und Erwartungen setzt. Wir wissen, daß die Franzosen den Präsidenten Wilson in das Fahnentuch des Völkerbundes nach allen Regeln der Kunst eingewickelt haben. Wir wollen nicht und wir dulden um keinen Preis, daß unter der Flagge des Völkerbundes das Rheinland vom Reich abgetrennt wird. Eine solche Lösung der Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist ausgeschlossen — hier spreche ich ein Wort, das der Reichspräsident einmal gesprochen hat; aber dieses Wort wird von uns gehalten werden: die Unterstellung des Rheinlandes unter Völkerbundsverwaltung und jede andere Abtrennung ist ausgeschlossen, komme, was da wolle. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.) Die Bevölkerung der Rheinlande selbst hat durch die heldenhafte Abwehr der Separatistenherrschaft gezeigt, wo sie steht. Sie hat gezeigt, daß es ihr fester Wille und ihr heiliger Entschluß ist, in unverbrüchlicher Treue am Reich und an den Ländern festzuhalten.

Ich kann nur auf das tiefste bedauern, wenn in einer so schwierigen und gefährlichen Situation der im besetzten Gebiet erledigte Separatismus in Reden, wie sie der Herr Abgeordnete Alpers (Deutsch-Hannoveraner) neulich hier gehalten hat, für einen Teil des unbesetzten Gebietes hier gepredigt wird. (Zustimmung.) Man mag sonst über die hannöversche Frage denken, wie man will. Der Zeitpunkt, diese Frage anzuschneiden, ist jetzt gewiß nicht gekommen. Mit seinen Verunglimpfungen Preußens hat der Herr Abgeordnete Alpers, der für sich völkische Gesinnung in Anspruch nimmt, doch nur Wasser auf die Mühlen derer geleitet, die Deutschlands Auflösung und Aufteilung erstreben. Im Namen meiner Freunde erhebe ich gegen diese Verunglimpfungen Preußens den schärfsten Einspruch. (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Vor allem aber müssen die Gefahren für das Rheinland, von denen ich sprach, an der Wurzel gefaßt werden: an der Kriegsschuldfrage. An dieser Kardinalfrage hängt alles. Wenn die Welt sich davon überzeugen muß, daß nicht wir die Friedensstörer sind und waren (sehr richtig! rechts), daß wir es sind, die allen Anspruch auf Sicherheit gegenüber einem Nachbarn haben, den Carlyle gebührend gekennzeichnet hat\*) —, wenn uns das gelingt, dann ist die Gefahr der Neutralisierung der Rheinlande, der Abtrennung der Rheinlande in der Hauptsache gebannt.

An Anlässen, die Frage der Kriegsschuld vorzubringen und erneut zur Diskussion zu stellen, hat es in der letzten Zeit wahrlich nicht gefehlt. Ich verweise nur auf die neuesten Aufklärungen über die Fälschungen der entscheidenden Depeschen in dem von der französischen Regierung herausgegebenen Gelbbuche. Ich verweise vor allem auf die Rede, die der amerikanische Senator Owen im amerikanischen Kongreß gehalten hat, und die 45 eng bedruckte Seiten des Congressional Report füllt. In dieser Rede stellt Herr Owen fest, daß von 60 Depeschen des seinerzeit veröffentlichten russischen Orangebuches nicht weniger als 50 gefälscht sind. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!) Herr Owen kommt zu dem Schluß:

daß die militärischen Beherrscher Deutschlands, wie er sich ausdrückt, den Krieg nicht gewollt haben, ja den Krieg zu vermeiden gesucht haben (Hört! Hört! rechts), daß aber die Leiter Rußlands und Frankreichs zum Kriege entschlossen waren, daß sie mit ihren Mobilmachungen beabsichtigten, einen Krieg herbeizuführen, den sie seit vielen Jahren in jährlichen Militärkonferenzen und durch Ausarbeitung vollständiger Kriegspläne bis in alle Einzel-

---

\*) Thomas Carlyle, der berühmte englische Historiker, schrieb am 18. November 1870 in der „Times“: „Seit vierhundert Jahren hat keine Nation einen so böartigen Nachbarn gehabt, wie Deutschland an den Franzosen, die unverschämt, raubgierig, unersättlich und unversöhnlich auftraten, immer zum Angriff bereit.“

heiten vorbereitet hatten. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! Hört!) So ein Mitglied des amerikanischen Senats. (Zurufe links.) — Daß es Ihnen (nach links) nicht angenehm ist, wenn man von diesen Dingen spricht, kann ich allerdings verstehen, wenn es zutreffend ist, was ein amerikanischer Arbeiterführer, Herr Victor L. Berger, der an dem sozialdemokratischen Weltkongress in Hamburg teilgenommen hat, dort in dem Ausschuss für Reparationen saß, über die Verhandlungen in diesem Ausschuss berichtet. Auch Herr Victor Berger hat die Kriegsschuldfrage studiert und hat in diesem Reparationsausschuss es als eine „Nichtswürdigkeit“ erklärt, wenn man immer noch an der Legende von der deutschen Kriegsschuld festhalte. (Hört! hört! rechts.) — Auf Grund seines Urteils über die Kriegsschuldfrage hat er folgenden Antrag gestellt: „Die Reparation der Kriegsschulden ist unter alle am Weltkriege beteiligten Nationen zu verteilen.“ Was sagt er über das Schicksal dieses Antrages? Er berichtet, daß der Belgier Vandervelde, der bekanntlich die Versailler Urkunde mitunterzeichnet hat, sich ob dieses Antrages „vor Zorn wie rasend gebärdete“; daß die Franzosen in Erinnerung an das Schicksal von Jean Jaurès erklärten, bei Annahme eines solchen Antrages würden sie bei Betreten ihrer Heimat niedergestossen werden; daß die Engländer wenig gesagt, aber aufmerksam zugehört hätten, und daß der Widerstand von den deutschen Sozialdemokraten gekommen sei (stürmische Rufe rechts: Hört! Hört) — daß diese erklärt hätten: „Dieser Antrag würde unserer Partei schädlich sein; unsere Partei hat die Schuld am Kriege und die Reparationspflicht im Prinzip angenommen.“ (Erneute stürmische Rufe rechts: Hört! hört! — Zurufe links: Und das glauben Sie?) — So berichtet der amerikanische Arbeiterführer Victor L. Berger im Milwaukee-Leader. (Lebhafter Widerspruch und Zurufe bei den Vereinigten Sozialdemokraten: Kein Wort! Wir werden schon darauf antworten!)

Dann gebe ich Ihnen Gelegenheit, zu dieser Bekundung eines amerikanischen Arbeiterführers Stellung zu nehmen. (Zurufe von den Vereinigten Sozialdemokraten: Wir werden antworten!)\*

\*) Herr Scheidemann hat in seiner Antwort am 10. März um die Sache herumgeredet, ohne es zu wagen, Herrn Berger klipp und klar der Unwahrheit zu zeihen.

Nun frage ich, indem ich zur politischen Reichsleitung zurückkehre: was hat unsere auswärtige Politik mit all ihrer peinlichen Sorgfalt, Anstöße bei Frankreich zu vermeiden, bisher erreicht?

Die unerhörte Brüstierung des neuernannten deutschen Botschafters v. Hoersch durch den Präsidenten der französischen Republik Herrn Millerand bei seiner Antrittsaudienz.

Die materielle Zurückweisung des Memorandums der deutschen Regierung über die Herstellung eines *modus vivendi* im Ruhrgebiet und Rheingebiet.

Die formelle Verweigerung der Annahme der letzten Pfalznote.

Die Forderung der Wiederaufnahme der von der deutschen Regierung mit Recht für erledigt erklärten Militärkontrolle.

Der eklatante Bruch des Versprechens, nach der Aufgabe des passiven Widerstandes die Ruhrbesetzung zu vermindern und „unsichtbar“ zu machen.

Die Erdrasseln unserer gesamten westlichen Industrie durch die schamlos erpressten Micum-Verträge.

Das alles hat man hingenommen, hingenommen in dem sicheren Bewußtsein, daß es so nicht weitergehen kann.

Sie fragen uns immer: Was dann? Hier frage ich Sie: Was soll werden? (Zuruf bei den Deutschen Demokraten: Das ist auch bequemer!) — Der Herr Reichsaußenminister selbst hat erklärt, daß die Weiterzahlung der Besatzungskosten „zeitlich eng begrenzt“ sei. Der Herr Reichsaußenminister hat erklärt, daß die am 15. April ablaufenden sogenannten Micum-Verträge nicht erneuert werden könnten, daß die weitere Ausführung dieser Verträge durch die Industrie unmöglich sei und daß das Reich eine weitere Finanzierung dieser Verträge nicht leisten könne. Der Herr Reichsaußenminister selbst hat die Frage aufgeworfen: was wird geschehen, wenn eine Verständigung nicht erfolgt? und ich stelle fest: der Herr Reichsaußenminister hat auf diese Frage keine Antwort gegeben. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: Sie bereiten sich auf die Nachfolge vor; sagen Sie es doch! —

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann: Die Antwort überlasse ich Ihnen.) —

Dr. Helfferich: Ich überlasse es Ihnen (zum Reichsaussenminister gewandt), Ihre Rede von neulich zu ergänzen. Was ist das für eine Manier, Herr Reichsaussenminister! Ich lasse es mir noch gefallen, wenn irgendwelche unverantwortlichen Herren von den Parteien die Frage stellen: Was für eine Antwort geben Sie? aber gerade von Ihnen durfte die Frage nicht kommen. (Unruhe.) — Das deutsche Volk hat ein Recht, eine Antwort von Ihnen zu hören. Wenn Sie erklären: die Verlängerung der Micum-Verträge ist unmöglich! und wenn Sie fragen: was soll dann werden, wenn eine Verständigung nicht erfolgt?, dann hat das deutsche Volk ein Recht, von Ihnen, der Sie die Politik bis auf diesen Punkt geführt haben, zu verlangen, daß Sie darauf eine Antwort geben. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen. — Abgeordneter Koch [Weser]: Wenn Sie kritisieren, müssen Sie auch eine Antwort geben!) — Der matte Hinweis, der allein vielleicht als Antwort gedeutet werden könnte, auf die angeblich zunehmende Änderung der Stimmung in Frankreich, ist eine abgegriffene Münze, mit der das deutsche Volk nicht bezahlt werden kann. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Es bleiben also die internationalen Sachverständigenausschüsse als letzter Rettungsanker.

Ich will einmal zugeben, daß die Zusammensetzung und die Verhandlungsform dieser Ausschüsse einen Fortschritt bedeutet, gegenüber dem Zustand, wie er sich z. B. im Frühjahr 1921 bei den Verhandlungen vor dem Londoner Ultimatum darstellte. Das will ich nicht bestreiten. Aber daß diese Sachverständigenausschüsse ein unparteiisches Gremium seien — ich will den Willen zur Objektivität der einzelnen Mitglieder gar nicht bezweifeln —, das können wir schon aus dem Grunde nicht zugeben, weil die Bildung und Zusammensetzung dieser Sachverständigenausschüsse nichts weniger als paritätisch ist. Die eine Partei, Franzosen, Belgier usw., die Reparationsgläubiger, sind in den Ausschüssen vertreten; Deutschland ist nicht in den Ausschüssen vertreten. Die deutschen Sachverständigen wurden nur als Auskunftspersonen vernommen, aber auf die Willensbildung und

Entscheidung dieses Gremiums haben sie keinen Einfluß, während die andere Seite den entscheidenden Einfluß auf diese Willensbildung hat.

Aber gerade, wenn man in diesen Sachverständigenausschüssen einen Fortschritt und eine Hoffnung sieht, erhält die Frage doppeltes Gewicht, ob die Verhandlungen mit diesen Ausschüssen von der Reichsregierung so geführt worden sind, wie die Lebensinteressen des deutschen Volkes es erforderten.

Auch hier kann ich die ernstesten Bedenken nicht unterdrücken. Die internationale „Atmosphäre“ kenne ich aus meiner in der letzten Zeit recht häufigen Berührung mit dem Auslande. Das Bedrückende für den Deutschen ist, daß im Auslande mehr und mehr der Eindruck aufkommt, daß Deutschland, um aus der materiellen Not herauszukommen, zu weitgehender Preisgabe seiner nationalen Selbstbestimmung bereit sei. (Sehr richtig! und Hört! Hört! rechts.) — Mit dieser Atmosphäre hatten wir bei der Verhandlung mit den Sachverständigenausschüssen zu rechnen und dieser Atmosphäre mußte entgegengewirkt werden. Es durfte die Meinung nicht unwidersprochen bleiben, daß Deutschland reif sei für eine internationale Vormundschaft und daß es gegen eine solche internationale Vormundschaft keinen ernstlichen Widerstand leisten werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Die Ausschüsse sind in einer Mission nach Deutschland gekommen, die für uns nichts weniger als erhebend war: sie haben den deutschen Boden mit der Aufgabe betreten, die uns aus dem Zusammenbruch gebliebene Masse auf ihre Ausbeutungsfähigkeit für die Reparationsgläubiger zu prüfen. Ich bin überzeugt, daß die sämtlichen Mitglieder der Ausschüsse für diesen peinlichen — für uns schwerpeinlichen Charakter ihrer Mission das volle Verständnis hatten, und ich bin überzeugt, daß sie selbst das allerwenigste Verständnis hatten für die Art und Weise, wie sie hier von einer gewissen Presse begrüßt worden sind. (Erneute Zustimmung bei den Deutschnationalen.) — Der Herr Reichsaußenminister hat diese Begrüßung auch in camera caritatis abgeschüttelt. Aber gerade, weil diese Presse sich bedauerlicherweise als die journalistische Leibgarde des Herrn Außenministers

aufzuspielen liebt, deswegen hätte die Abschüttelung in aller Öffentlichkeit und mit aller Deutlichkeit erfolgen müssen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Der internationale, der antinationale Geist, der sich in solchen Würdelosigkeiten manifestiert, ist natürlich nicht bescheiden genug, sich mit bloßen Gefühlsäußerungen zu begnügen. Wieder einmal in einer für die Zukunft unseres deutschen Volkes entscheidenden Epoche sucht er seinen verhängnisvollen Einfluß auf die deutschen Geschicke auszuüben. Projekte, wie sie von dem Staatssekretär Hirsch, dem Konsul Marx aufgebracht worden sind, wie sie sogar der frühere Reichskanzler Dr. Wirth abgelehnt hat, Projekte, die darauf hinausgehen, 20 Prozent, 25 Prozent unserer produktiven Vermögenssubstanz durch Aktienbeteiligung für Reparationszwecke zur Verfügung zu stellen, sind neuerdings wieder aufgekommen, vertreten worden namentlich von dem in letzter Zeit oft genannten Generaldirektor der Evaporator-A.-G., Herrn Litwin. Ich würde kein Wort verlieren, wenn dieser Herr seine Artikel nur in der „Vossischen Zeitung“ publiziert, dort wäre er am richtigen Platz, und seine Artikel wären damit allein schon genügend charakterisiert. Aber ich halte es für unbegreiflich, daß ein solcher Artikel in der „Zeit“ veröffentlicht worden ist, die in der ganzen Welt als das Organ des Reichsaußenministers gilt. Ich weiß, daß die „Zeit“ — und darauf hat der Herr Reichsaußenminister bei anderer Gelegenheit aufmerksam gemacht —, diesem Artikel einen Vorbehalt vorausgeschickt hat. Aber solche Vorbehalte werden nicht gelesen, wenigstens im Auslande nicht gelesen. Ich habe von dem Artikel des Herrn Litwin durch italienische Zeitungen Kenntnis bekommen, in denen ich spaltenlange Auszüge dieses Artikels gelesen habe mit dem Zusatz: die Tatsache, daß solche Vorschläge in der offiziellen „Zeit“ Aufnahme finden, macht es wahrscheinlich, daß der Außenminister Stresemann diesen Vorschlägen zum mindesten nicht abgeneigt ist“. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.) — Gewiß: Auch der Außenminister hat für seine Person diese Vorschläge von sich abgewiesen; aber auch das ist nur in camera caritatis geschehen, und bis heute warte ich vergeblich darauf, daß eine Abschüttelung in der Öffentlichkeit erfolgt.

Ich kann es nur als gerade verhängnisvoll für die Verteidigung unserer nationalen Selbständigkeit bezeichnen, daß der von dem „Corriere della Sera“ bezeichnete Eindruck ausgerechnet in der Zeit des Beginns der Berliner Verhandlungen mit den Sachverständigen entstanden ist.

Noch bedenklicher ist die Behandlung des Projekts der sogenannten Goldnotenbank.

Man kann ohnehin in der Frage der Goldnotenbank sehr verschiedener Meinung sein. Man begründet die Schaffung der Goldnotenbank mit der Notwendigkeit, auswärtigen Kredit für Deutschland zu schaffen. Auch ich sage: Wir haben auswärtigen Kredit dringend nötig, und auch ich wünsche, daß Mittel und Wege gefunden werden, daß uns auswärtige Kredite in stärkerem Maße als bisher erschlossen werden. Aber wo steht in den Sternen geschrieben, daß ausländische Kredite nur für das Privilegium der Notenausgabe für Deutschland gewonnen werden können?

Ich befürchte allein schon zunächst aus der Tatsache schlimme Wirkungen, daß das offenbar unfertige Projekt, das von Tag zu Tag seine Gestalt geändert hat, überhaupt in die öffentliche Diskussion geworfen worden ist. Eine Goldnotenbank, die den Namen „Goldnotenbank“ wirklich verdient, d. h. die ihre Noten mit Gold einlöst, werden wir nicht an den Anfang, sondern höchstens an das Ende unserer Rekonstruktionsarbeit stellen können. Eine solche Goldnotenbank gibt es in der heutigen Zeit auf der ganzen Welt nur in der Federal-Reserve-Bank in Amerika. Auch die Bank von England ist keine Goldnotenbank in diesem Sinne; denn auch das englische Pfund hat ein Disagio von 12 Prozent gegenüber dem Dollar, ein deutlicher Beweis dafür, daß England seine Pfundnoten nicht einlöst. Wenn aber die neu zu schaffende Goldnotenbank eine Bank sein soll, die ihre Noten nicht in Gold einlöst, dann frage ich: Wozu brauchen wir ein solches Institut? Wozu haben wir die Reichsbank?

Aber ein solches Institut wäre nicht nur ein Superfluum, sondern auch ein Superfluum nocens. Wie denkt man sich das Verhältnis der Reichsbanknoten und Rentenmarkscheine zu den Noten, die das neue Institut mit der Prätention ausgibt, etwas Besseres zu sein. Wenn Sie von vornherein einen festen Kurs zwischen diesen Goldnoten und den anderen Noten herstellen

wollen, dann machen Sie auch diese anderen Noten tatsächlich zu Goldnoten. Wenn Sie das effektiv durchführen wollen, dann wünsche ich viel Glück auf den Weg. Oder aber Sie lassen die Dinge laufen. Dann bekommen Sie eine Wertdifferenz zwischen Goldnoten und anderen Noten und damit den Beginn einer neuen Geldwertung.

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Dr. Helfferich: Herr Präsident, ich brauche nicht mehr sehr lange, aber ich würde bitten, mir die durch die zahlreichen Zwischenrufe und Unterbrechungen verlorene Zeit noch zu gestatten.

Präsident Löbe: Die Unterbrechungen waren schon eingerechnet. Aber es ist gestern einem Herrn eine längere Redezeit genehmigt worden, und ich glaube, wir werden das heute auch gestatten können. (Zustimmung.)

Dr. Helfferich: Die Gefahren des Gedankens der Goldnotenbank sind aufs stärkste dadurch gesteigert worden, daß die Frage der Errichtung einer neuen Goldnotenbank in Verbindung gebracht wurde mit der Reparationsfrage. Die Reichsregierung hat sich unbegreiflicherweise dazu hergegeben, die Frage der Goldnotenbank mit dem internationalen Sachverständigenausschuß zu diskutieren, als ob dieser Ausschuß nicht nur mit der Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit, sondern auch mit der Ausarbeitung von konstruktiven Projekten beauftragt wäre. (Zuruf von den Deutschen Demokraten.) — Aber ich will mich nicht auf den formalen Kompetenzstandpunkt versteifen; darauf kommt es am allerwenigsten an. Wenn man indessen die Verhältnisse kannte, wenn man vor allen Dingen den Aufsatz kannte, den ein Deutschland verhältnismäßig so wohlgesinnter Mann wie der Niederländer Bissering publiziert hatte, dann mußte man sich darüber klar sein, daß die Goldnotenbank des Sachverständigenausschusses eine internationale, keine deutsche Bank sein würde. Ich habe von Anfang an vor dieser Gefahr gewarnt, ich habe diese Gefahr rechtzeitig im „Tag“ signalisiert. Es ist leider genau so gekommen, wie ich vorausgesagt

habe. Verhehlen wir uns doch nicht, daß sogar den Befürwortern der Goldnotenbank allmählich selbst angst und bange geworden. Wie weit die Ideen der internationalen Sachverständigen gehen, ersehen Sie daraus, daß die Herren den Anspruch darauf erheben, daß, wenn sie eine Goldnotenbank gründen, die Noten der Reichsbank und der Rentenbank von dieser Bank „aufgesogen“ werden sollen; das bedeutet die Aufsaugung der deutschen Reichsbank und der deutschen Rentenbank durch ein internationales Institut. — Ich habe in den Zeitungen gelesen — ich hoffe, daß es dementiert werden kann —, daß der Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärt habe, er wolle zuerst sein kleines Goldnotenbankprojekt durchführen, verpflichte sich aber, sein kleines Goldnotenbankprojekt, sobald das Zustandekommen dieses großen Projektes gesichert sei, in diesem aufgehen zu lassen. Wie gesagt, ich hoffe, daß das, was in allen ausländischen Zeitungen zu lesen stand, dementiert werden kann. Denn wenn heute jemand hier beantragen wollte, die Reichsbank zu internationalisieren, ich bin überzeugt, sogar die Herren von der Sozialdemokratie würden Seite an Seite mit uns gegen ein solches Projekt Einspruch erheben. (Zustimmung bei den Vereinigten Sozialdemokraten.) — Mit dem, was hier geschaffen werden soll, erreicht man aber auf einem kleinen Umwege genau dasselbe Ziel, d. h. die Internationalisierung der Reichsbank und der Rentenbank, die das deutsche Volk aus eigener Kraft sich geschaffen hat. So also wird die Schaffung eines derartigen neuen Instituts hinauskommen auf die internationale Kontrolle unseres gesamten Geldwesens und der gesamten Kreditversorgung unseres Volkes. (Sehr richtig! rechts.) —

Und nun betrachten Sie die Sache einmal von der journalistischen Seite — auch darauf müßte doch das Auswärtige Amt einen gewissen Einfluß haben. Die Presse, die ich vorhin gekennzeichnet habe, hat um das Projekt der Goldnotenbank einen Tanz aufgeführt, wie einst die Juden um das goldene Kalb. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Nur der Moses, der damals den Juden die Gesetzestafeln um die Ohren geschlagen hat, ist bisher nicht erschienen. (Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, ich knüpfe an diese Betrachtung die weitere nicht minder wichtige Frage: wie steht es mit unseren Eisenbahnen? In Deutschland spricht man von Krediten, im Ausland von Internationalisierung. Im Ausland spricht man davon, daß das Ausland, wenn es uns 10 Milliarden gibt, die übrigens in erster Linie dazu dienen sollen, die verwundbarste Stelle unseres französischen Gegners unverwundbar zu machen, den Frank vor weiterem Sturz zu schützen, — im Ausland spricht man davon, daß diese 10 Milliarden selbstverständlich nur gegeben werden können, wenn den Geldgebern eine weitgehende Ingerenz in die Verwaltung unserer Eisenbahnen gegeben wird. Ja sogar die „Kölnische Zeitung“, die doch schließlich dem Herrn Außenminister nicht ganz fern steht, hat vor einiger Zeit geschrieben, daß man äußerst ungünstige und pessimistische Möglichkeiten ins Auge fassen müßte, und daß man glaube, daß der deutsche Anteil an der Reichsbahn nicht einmal die Hälfte, sondern nur etwa 40 Prozent betragen könne. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Meine Damen und Herren! Vom Standpunkt der Arbeiter- und Beamtschaft, der Tarifpolitik, der ganzen deutschen Wirtschaft ist es ausgeschlossen, daß wir uns das deutsche Eisenbahnsystem durch irgendeine internationale Einmischung und Kontrolle aus der Hand winden lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

**Wir verlangen hierüber beruhigende Erklärungen.**

Ich kann eine Beruhigung über die ungeheure Gefahr, die Ihnen allen klar sein wird, nicht darin sehen, wenn der Außenminister, wie es in Elberfeld geschah, auch nach den etwas mildereren Berichten, als von einer Selbstverständlichkeit davon spricht, daß, wenn das Ausland uns Kapital zur Verfügung stellt, es dann auch eine Kontrolle, wie es nach dem einen Bericht heißt, und nach dem anderen Bericht eine Vertretung im Aufsichtsrat gewisser Unternehmungen zu beanspruchen habe. Was sind das für „gewisse Unternehmungen?“ — Doch in erster Reihe die Goldnotenbank und die Reichseisenbahnen. Ich habe selbst mehr wie eine internationale Anleihe abgeschlossen, und die Anleihen, bei denen eine solche Einmischung in die fremden Verhältnisse verlangt wird, sind doch die

selteneren Ausnahmen im internationalen Verkehr. Ich halte es für bedenklich, wenn seitens des deutschen Reichsaussenministers von vornherein der Preis einer solchen Einmischung des Auslandes geboten wird; denn keine Ware in der Welt, auch nicht die internationale Hilfe, die Sie erwarten, ist billiger als der Preis, der einmal dafür geboten worden ist. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Ich fürchte, daß auf den Wegen, die hier betreten worden sind, Rhein und Ruhr nicht befreit, sondern ganz Deutschland in neue Ketten gelegt wird. Ich fürchte, daß wir zur Militärkontrolle, zur Kontrolle der Luftschiffahrt, zur Kontrolle über unsere Flüsse eine Kontrolle über die Eisenbahn, über das Geldwesen und die Kreditversorgung der ganzen Wirtschaft bekommen werden. Der Herr Außenminister hat gesagt, das besetzte Gebiet dürfe nicht zu einer deutschen Reparationsprovinz gemacht werden; ich fürchte, daß auf solchen Wegen das ganze Deutsche Reich zu einer internationalen Reparationsprovinz gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Mag man mir entgegenhalten: wir sind nicht Herren über die Tendenzen, aus denen hier Gefahren drohen. Das gebe ich zu. Ich mache der Reichsregierung auch nicht einen Vorwurf daraus, daß diese Tendenzen bestehen, sondern daraus, daß ihr eigenes Tun und Lassen eher dazu beigetragen hat, diese Tendenzen zu ermutigen, als ihnen den Weg zu verlegen. Gerade angesichts der Tendenz, Deutschland Schritt für Schritt zu internationalisieren, war die Stellung der Regierung zu den internationalen Sachverständigenausschüssen gewiesen. Es hätte sich durchaus mit der Stellung der Reichsregierung zur Reparationsfrage, die mit der unsrigen bekanntlich nicht ganz identisch ist, vertragen, wenn sie den Sachverständigenausschüssen bei Beginn ihrer Arbeit erklärt hätten:

Prüft unsere Verhältnisse; wir werden euch jeden Einblick geben. Bildet euch euer Urteil über unsere Zahlungsfähigkeit; wir sind bereit, für die Befreiung unserer unter Fremdherrschaft geratenen

Brüder jedes materielle Opfer zu bringen, das im Bereiche unserer Kräfte liegt.

Sie hätte aber hinzufügen müssen: Wir sind nicht bereit, zu der Militärkontrolle, zu der Luftkontrolle, zu der Flußkontrolle auch noch die Eisenbahnkontrolle, die Geldkontrolle und die Kreditkontrolle zu gewähren. Sie hätte hinzufügen müssen: Wir sind nicht bereit, statt unsere Brüder zu befreien, das ganze deutsche Volk weiter versklaven zu lassen. Sie hätte hinzufügen müssen: Jede neue Minderung der deutschen Hoheit und Selbstbestimmung in unseren eigenen Angelegenheiten ist a limine für uns undiskutierbar. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Wir wollen uns aus dem Versailler Netz mit allen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, befreien; wir wollen uns aber nicht immer weiter und weiter in das Versailler Netz verstricken lassen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.)

Diese Sprache hat die Regierung offenbar nicht gefunden, und deshalb muß diese Sprache hier im Reichstag laut und deutlich gesprochen werden. Und sie muß draußen gehört werden; denn dieser Reichstag wird nicht mehr über das befinden, was sich schließlich aus all dem Hin und Her herauskristallisieren wird. Das deutsche Volk selbst wird über diese Fragen entscheiden, und, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, diesmal wird das deutsche Volk die roten Ketten abschütteln (Lachen links. Beifall bei den Deutschnationalen), von denen bei den letzten Wahlen die Rede war, und es wird die goldenen Ketten, die man ihm bietet, mit entschlossener Handbewegung zur Seite schieben. Die deutsche Wiedergeburt hat begonnen. (Erneutes Lachen und Zurufe links. — Bravo! rechts.) Die Welt wird künftighin wieder mit einem Deutschland zu rechnen haben, dem — wie meinen Pfälzer Landsleuten — die Freiheit über alles geht, über jedes Gold und Gut, über jede Not und, wenn es sein muß, auch über Blut und Leben. (Lebhafter Beifall rechts. — Zurufe links. — Händeklatschen auf den Tribünen.)

*Dr. HELFFERICH, M. d. R.*

## Reichstagsreden 1920 bis 1922

Mit einem Bilde Helfferichs.

Halbleinen geb. 5,- Mark.

Diese Reden des erfolgreichsten Vorkämpfers der Nationalen haben es an keinem einzigen Wendepunkte auf dem Wege zum politischen und geschichtlichen Niedergang unseres armen Vaterlandes an Mahnung und Warnung fehlen lassen. — Sie sind Zeitgeschichte und behalten dauernden Wert. In den im Anhang beigefügten Reden vom 12. bis 14. November 1919 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zerreißt Helfferich mit mutiger Hand die Nebelgebilde Wilsonscher Friedensbemühungen.

★

*ARTHUR DIX*

## Die drei Weltkriege

Geb. 0,25 Mark.

Die knappe, aber inhaltsreiche Studie zeigt die großen historischen Linien, die zum Weltkrieg führten. Die Parallelen mit den Kriegen gegen Ludwig XIV. und Napoleon treten klar hervor. Auch der Versailler Friedensvertrag erneuert den englisch-französischen Gegensatz, dessen Nutznießer Amerika ist. Die sich aus der weltpolitischen Lage für Deutschland ergebenden Möglichkeiten werden mit gut begründeter Zuversicht erörtert.

★

*Dr. KÄTHE SCHIRMACHER*

## Die Gefnechteten

Mit zwei Landkarten, nebst Erläuterungen.

Steif geb. 1,25 Mark, geb. 1,85 Mark.

Hier sind zum ersten Male alle geraubten und bedrohten Gebiete besprochen, alle erreichbaren Zahlen gegeben, alle in Betracht kommende Literatur bearbeitet, die man sonst nur verstreut findet, Karten, Rechtsverwahrung, Schutz- und Kulturvereine, Minderheitenschutz. — Dieses Buch der Dokumente redet eine zwingende Sprache, die auch im Auslande verstanden werden wird.

---

Brunnen-Verlag, Karl Winckler / Berlin SW 68

WILHELM ERBT

## Das deutsche Rätsel

Geb. 2,— Mark, geh. 1,20 Mark.

Erbt tritt uns hier als wahrhafter Dichter entgegen. Deutsche Art und deutsches Schicksal aus den verschiedensten Zeitaltern läßt er in den einzelnen Abschnitten des Buches an dem Leser vorüberziehen und stellt ihn damit vor das „deutsche Rätsel“, ihn veranlassend, die Lösung zu suchen.



WILHELM ERBT

## Das deutsche Schicksal im untergehenden Abendland

Geb. 0,20 Mark.

Ein spannend geschriebenes kleines Kunstwerk, von dem einer unserer bekanntesten Geschichtsforscher schreibt, „es habe ihn so gefesselt, daß er die Lektüre keinen Augenblick unterbrach“. Die Schrift ist ein glänzender Beitrag zur deutsch-völkischen Weltanschauung und Lebensgestaltung, die zum Mit- und Nachdenken einlädt. Erbt stellt sich hier im bewußten Gegensatz zu Spengler.



THEODOR REHTWISCH

## Fridericus Rex

Geb. 3,75 Mark.

Der Große Preußenkönig, dessen Gestalt sein ganzes Zeitalter überragt und bis hinein in unsere Zeit unvermindert seine faszinierende Wirkung ausübt, ist der Held dieser Lebensgeschichte, die sich wie ein spannender Roman liest. Nach der Lektüre dieser geschichtlichen und politischen Lehren wird jeder wie aus einem Jungbrunnen unverstehbare Hoffnung und unwiderstehliche Kraft schöpfen.

---

Brunnen-Verlag, Karl Winckler / Berlin. SW 68

# Kumpelstilzchen

## Un det floobste?

9.—11. Auflage.

In Halbleinen geb. 5,— Mark.



Man lacht erbittert über die ganze neudeutsche und neuberliner Narrheit unserer Zeit, die hier an der Hand eines der glänzendsten Satiriker unserer Tage vorübertänzelt, vorüberschleicht, vorüberaumelt. Kein flammender Leitartikel äht solche Brandmale auf die Stirn unserer Schieber in Politik und Geld und Unkultur, wie es diese Plaudereien aus der Berliner Tageschronik tun.

Man lacht glücklich über manches Holde und Zarte, manches Aufrechte und Mannhafte in dem Tanz der Irrlichter und bekommt neues Hoffen auf die Wiederkehr unserer alten Gesundheit. Ein Strom von Kraft und Behagen geht von Kumpelstilzchens Beobachtungen und Schilderungen aus, der uns Abgehakten mehr sein kann, als die besten Lebensmittel.



Die in zahlreichen deutschen Tageszeitungen erschienenen Briefe haben Kumpelstilzchen eine große Anzahl von Freunden und begeisterten Lesern zugeführt.

---

Brunnen-Verlag, Karl Winkler / Berlin SW 68

